

Wöchentlich 68 Pf., monatlich 3,80 M.  
Im voraus zahlbar. Postbezugs 4,32 M.  
ein jährlich 60 Pf. Postzeitung 60- und  
72 Pf. Postzeitungsgebühren. Auslands-  
abonnemente 6.- M. pro Monat; für  
Säbter mit ermäßigtem Druckschon-  
preis 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Feiertags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“ illustrierte Beilage: „Welt  
und Zeit“, ferner „Frauenstimme“,  
„Jugend“, „Bild in die Zukunft“,  
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Sonntabend  
7. Februar 1931  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampagne  
80 Pfennig, Refusante 1.- Reichs-  
markt, „Kleine Anzeigen“ des etz-  
gebrachte Wort 25 Pfennig (inkl. zwei  
setzgedruckte Worte), jedes weitere Wort  
12 Pfennig, Stellenangebote das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite  
40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-  
geschäft Lindenstraße 3, wochenttäglich  
von 9 bis 17 Uhr.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Köhlfeld 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, D. S. u. D. K. - Gef., Depositent., Jerusalemstr. 65/66.

## Trommelfeuer gegen rechts

Der zweite Tag der Reichstagsdebatte.

Entgegen den ursprünglichen Absichten des Reichstags ist am Freitag die allgemeine politische Debatte nicht zu Ende geführt worden. Ihr Abbruch wurde erzwungen, weil Nationalsozialisten und Deutschnationale sich die Abwesenheit der Kommunisten zunutze machten und den Antrag auf Abbruch der Beratungen stellten. Vor der Abstimmung darüber verließen sie den Sitzungssaal und führten so die Beschlussunfähigkeit herbei. Da ohnedies die Abstimmung über das Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung und über den Antrag auf Auflösung des Reichstags erst für Sonnabend in Aussicht genommen war, ist der vorzeitige Abbruch der Debatte sachlich absolut bedeutungslos.

Dieses Verhalten von Nationalsozialisten und Deutschnationalen hat jedoch Wirkungen gezeitigt, mit denen die Saboteure des Parlamentarismus nicht gerechnet hatten. Allerdings war ihnen die Absicht der Mehrheitsparteien, die Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung, des Pressegesetzes und über die Immunität am Sonnabend auf die Tagesordnung zu setzen, durchaus bekannt. Sie hatten schärfste Opposition dagegen angekündigt, und man war auf heftige Ausbrüche am Schluß der Sitzung durchaus gefaßt. Um diese Möglichkeit zum Kadavertanz haben sich die Oppositionsparteien durch ihre Kenntnislosigkeit selbst gebracht. Sie wußten nicht, daß im Falle der Beschlussunfähigkeit des Hauses der Präsident die Tagesordnung selbständig festsetzt. Sie machten infolgedessen lange Gesichter, als sie, halb innerlich, halb außerhalb des Saales, hörten, daß sie durch ihr tapfres Verhalten nur ihre eigenen Absichten durchkreuzt hatten.

Kurz vorher war den Nazis aber noch eine weit größere und wirksamere Niederlage bereitet worden. Schon der Redner des Zentrums, der Abgeordnete Joos, hatte in seiner ruhigen und überlegenen Art eine vernichtende Abrechnung an Nazi-Goebbels gehalten. Andere Redner, wie Herr Dr. Dingeldey von der Deutschen Volkspartei, und sehr wirksam auch der Abgeordnete Pfleger von der Bayerischen Volkspartei, hatten diese Abrechnung fortgesetzt.

Allen diesen Reden kommt politisch eine große Bedeutung zu, weil sie erkennen lassen, daß die Kluft zwischen den bürgerlichen Mittelparteien und den Nationalsozialisten sich dauernd weiter vertieft und die energische Abwehraktion der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der freien Gewerkschaften draußen im Lande eine Wirkung erzielt hat, der sich auch die bürgerlichen Parteien nicht ganz entziehen können.

Den rhetorischen Höhepunkt des Tages bildete jedoch die temperamentvolle Angriffssrede des jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Mierendorff. Goebbels und Mierendorff, zwei Männer im gleichen Alter, zwei Vertreter der Jugend und trotzdem Vertreter von zwei Welten. Goebbels: Heimkrieger, aber jetzt Beherrscher des Krieges und des alten Obrigkeitssystems, der wüteste Schreier nach dem neuen Staat. Mierendorff: aktiver Frontsoldat, der jahrelang im vordersten Schützengraben stand, zugleich aber auch Soldat an der neuen Front, der die unsäglich schwere Aufgabe zufiel, aus dem Bankrott des Krieges, aus dem verarmten, entrechteten und gedemütigten deutschen Volk einen neuen Staat, eine neue Nation aufzurichten.

Gemäß der Parole Hitlers, daß man mit dem Gegner nicht diskutieren dürfe, daß man die eigenen Anhänger vor den Argumenten des Gegners bewahren müsse, wurden die 107 Mannlein aus dem Saal kommandiert. Erst als sie die wuchtigen Hiebe verspürten, die Mierendorff austeilte, kam einer nach dem andern wieder in den Saal zurück, und so standen sie an der „Klagemauer“, wie sich vorher der Abgeordnete Joos ausgedrückt hatte. Kleinlaut, betroffen, weil die Wucht der Argumente und die Kraft der Abwehr sie erkennen ließ, daß in der deutschen Sozialdemokratie die Vertreter der Jugend ihren Platz haben, die nicht mit romantischen Illusionen, sondern mit dem kühlen Blick zur Wirklichkeit den Willen zum Vorwärtsschreiten verbinden.

Am Mittelpunkt der kurzen Rede Mierendorffs stand die Abrechnung mit der verlogenen Behauptung der Nationalsozialisten, das neue System habe das deutsche Volk in den Bankrott gestürzt. Und als Mierendorff Bebel's Rede vom 9. November 1911 über die Folgen des Krieges zitierte und den Jurus aus den Büchern der Rechten erwähnte: „Nach jedem Kriege wird es besser!“ da tobten mit den Nazis die Deutsch-

## Brest-Litowsk-Debatte im Sejm.

Nationaldemokraten, Sozialisten, Deutsche und Ukrainer gegen die Regierung.

Warschau, 6. Februar.

Den Höhepunkt der gestrigen Budgetdebatte im Sejm bildeten die Erklärungen der Nationaldemokraten und Sozialisten gegen die vom Ministerpräsidenten Stamel zur Brest-Litowsk-Affäre abgegebene Erklärung. Für die Nationaldemokraten erklärte Rybarski, daß die Tatsachen von Brest-Litowsk in keiner Weise durch innerpolitische Ereignisse entschuldigt werden könnten, die ihnen vorausgegangen waren. Der Redner forderte schleunigste gerichtliche Untersuchung und betonte, daß die

### Brest-Affäre noch lange nicht beendet

sei. Der Sozialist Archajzewski wies mit Entschiedenheit alle Beschuldigungen zurück, die die Regierung gegen die Sozialistenpartei wegen ihrer angeblichen Umsturzintendenzen erhebt, um den Skandal von Brest zu bemänteln. Ferner erklärte er, das Regierungslager verwehlt den Begriff „starke Regierung“ mit der Diktatur einer Clique, die Polen zu einem Polizeistaat schlimmster Art gemacht habe. Daher müsse ein Kampf gegen die Regierung und für die Wiederherstellung des guten Rufes und der Würde Polens geführt werden. Für die deutsche Minderheit sprach der Abgeordnete Franz, der besonders hervorhob, daß die terrorisierte und schutzlose deutsche Minderheit Oberschlesiens gezwungen sei, sich an den Völkerbund als letzte Instanz zu wenden. Sowohl der deutsche als auch der ukrainische Vertreter erklärten sich gegen das Budget, da sie zum gegenwärtigen Regime kein Vertrauen haben könnten.

### Flucht aus dem Pilsudski-Block.

Warschau, 6. Februar. (Dt.-Expres.)

Größtes Aufsehen erregt hier die Niederlegung der Sejmmandate durch drei hervorragende Mitglieder des Regierungsblocks, die offenbar mit der Protestaktion gegen Brest zusammenhängt. Von besonderer Bedeutung ist der Mandatsverzicht des Krakauer Nationalökonom Prof. Krzyzjanowski, der seit Jahren als der Hauptberater der Pilsudski-Regierungen in allen wirtschaftspolitischen Fragen gilt. An Prof. Krzyzjanowski hatten seine Krakauer Universitätskollegen seinerzeit das bekannte Schreiben gerichtet, durch dessen Veröffentlichung die grauenerregenden Einzelheiten über die Mißhandlung von Oppositionsführern in Brest zum ersten Male der breiten Öffentlichkeit bekannt wurden. Die Mandatsniederlegung durch Krzyzjanowski muß als ein empfindlicher moralischer Schlag für die Regierung bezeichnet werden, nachdem er in der „historischen“ Nachsicht des Sejms vom 26. Januar der Abstimmung ferngeblieben war, bei der der Regierungsblock den Antrag auf Unterlegung der Affäre Brest abgelehnt hat. Auf ihre Mandate haben jetzt ferner die Abgeordneten Nowak und Lechnicki verzichtet. Das Ausscheiden des letzteren ist für den Regierungsblock insofern von erheblicher politischer Bedeutung, als Lechnicki, der Führer der mehr demokratisch orientierten „Arbeitervereinigung für Stadt und Land“, bis jetzt einen wichtigen Bestandteil des Pilsudski-Blocks repräsentierte.

## Die innerpolitische Debatte.

Antworten an die Rechte im Reichstag.

Am zweiten Tag der innerpolitischen Reichstagsdebatte sprach zunächst

Abg. Dr. Stolper (Staatsp.) über die Wirtschaftskrise. Unsere Kreditbedürftigkeit gegenüber dem Ausland ist die Folge des Krieges und der Blockade, die das Inlandskapital aufgezehrt haben. Der plötzliche Aufstieg 1925 war die Folge von Zufällen, wie des englischen Bergarbeiterstreiks, und brachte uns die Anlage riesiger Auslandsgeleider in Deutschland. Von dem Tage an, wo wir wieder auf uns selbst gestellt waren, kam die Krise unserer ausgeblühten Wirtschaft, über die 1929 auch noch die Weltkrise hereinbrach.

Seit 1918 revidieren wir ununterbrochen unsere Kriegsschuldverpflichtungen — längst ehe es Nationalsozialisten gab, die jetzt die noch gar nicht vorhandene Revisionsbereitschaft unserer Gläubiger auf ihr Parteiprogramm schreiben.

Die demokratische Presse hat nicht nach dem 14. September Unruhe im Ausland verbreitet, sondern in dankenswerter Weise der Welt gezeigt, daß es in Deutschland auch noch eine Kultur gibt und nicht nur Haß, Verleumdung und glorifizierte Ignoranz. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Bemerkungen des Herrn Goebbels über die Demokratie zeigten nur, wie wenig er davon weiß; da wird ihn auch ein gewisser Immanuel Kant aus Königsberg nicht belehren, der übrigens nach den Bildern raffisch unterwürdig gewesen sein muß und außerdem noch eine Arbeit über den ewigen Frieden geschrieben hat! (Sehr gut! Links.) In ebenso würdiger und überlegener Weise polemisiert der Redner dann gegen

### Die Geld- und Finanztheorien der Hitler- und Hugenberg-Cente.

Dann kommt er bei dem Versuch einer Polemik gegen Sollmanns Worte über die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems in einen Streit mit den Kommunisten, denen er schließlich sagt, daß die deutschen Arbeitlosen immer noch doppelt soviel zu essen hätten, als die Arbeitenden der bürokratisch zentralisierten, formwährend verlogenen und sich korrigierenden Sowjetwirtschaft. (Lebh. Widerspruch der Komm.) Als der Redner von den „Segnungen der Druckerpresse des dritten Reiches“ spricht, bezeichnet ein Nazi dies als „Unverschämtheit“ und erhält dafür einen Ordnungsruf. Der Schluß der Rede Stolpers ist dem deutschnationalen Redner Doehring gewidmet, der, obgleich Beiter, Haß gepredigt habe; dem abtretenden Dr. Stolper wird von auherer rechts zugerufen: „Ab nach Galizien!“, worauf aber die Nazis selbst den Saal verlassen, da

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) der nächste Redner ist. Auf die Antisowjetischen Theorien, die Dr. Stolper im Auftrag gewisser deutscher Kapitalistengruppen getrieben habe, werde man beim Wirtschaftsetat antworten, denn jetzt sei die Redezeit zu kurz. (Dr. Stolper verlangt genaue Bezeichnung seiner angeblichen Antisowjetik.) Wir wissen doch, in wessen Interesse die kapitalistische Staatspartei tätig ist, und daß Dr. Stolper hier für die Ausbeuter steht. (Händeklatschen der

Komm. und Ordnungsruf.) Dann behauptet Dr. Neubauer, daß die Sozialdemokraten einen Diktaturpakt mit Reichstanzler Brüning geschlossen hätten, aber ohne jede andere Bezahlung, als daß den Sozialdemokraten erlaubt wurde, Brünnings Stiefel zu leihen. (Lach des Präsidenten; Dauerhändeklatschen der Kommunisten, das aber die Erteilung des zweiten Ordnungsrufes nicht verhindern kann.) Neubauer ruft die sozialdemokratischen Arbeiter auf, sich der Kommunistischen Partei anzuschließen, denn die Sozialdemokraten, die diese Regierung stützen, seien für all ihre Taten wie Diktatur, Lohnraub, Agrarwucher usw. verantwortlich.

Abg. Joos (3.): Wir haben aus den Oppositionsreden keine neuen Gedanken vernommen, nicht einmal ein neues Schimpfwort. Wir haben gestern gespürt, daß nicht jede Stimme Volkes Stimme ist, von Gottes Stimme gar nicht zu reden. Wenn Dr. Goebbels vom Reichstanzler hören wollte, warum die Krise da ist, so sollten die Nationalsozialisten einen neuen Sprecher einführen: „Goebbels erwache“. (Sehr gut! im Zentrum.) Hätte Goebbels nicht geschlafen, dann hätte er oft genug hören müssen, was der Kanzler darüber gesagt hat. Jeder einfache Arbeiter könnte Herrn Dr. Goebbels ein Kolleg über Volkswirtschaft lesen. (Lärm bei den Nazis. — Abg. Helms [Nazif.] erhält einen Ordnungsruf.) Herr Goebbels sagt, die Nationalsozialisten könnten es erst besser machen, wenn sie die Nacht haben. Ach, viel wichtiger wäre es, daß sie erst den Bestand haben. (Lebh. Beifall.) Im Anschluß an eine gründliche Abfuhr des deutschnationalen Redners Doehring sagt Joos, es werde die künftige Aufgabe des Zentrums sein, dafür zu sorgen, daß in Deutschland nicht mehr Konfessionshege betrieben werde. Während schreien die sich getroffen fühlenden Rechten auf.

### Man glaube nicht, daß man Kräfte im Gang sieht, wenn man Krone, Beine und Mäuler bewegt.

Die Geschäftsordnungsreform ist eine Maßnahme zum Schutz des Körpers gegen einbringene Krankheitsstoffe. (Lärm und Lachen rechts.) Unter großer Heiterkeit fragt Joos die Nazis, wer schuld sei, daß sie jetzt an der Klagemauer stehen. (an der bekanntlich die Juden in Jerusalem stehen.) Wegen dauernden Gebrauchs werden

### drei Nazis nach zahlreichen Ruhemahnungen und Ordnungsrufen des Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen;

sie ziehen mit Faschistengruß ab. Der Präsident erklärt, daß er die dauernde Verhinderung eines Redners am Sprechen nicht dulden werde. Abg. Joos spricht dann eindringlich gegen Gewaltanwendung im Meinungskampf und erzählt den Fall Benrath, wo Nazis Stühle auf katholische Mädchen geworfen haben. Das deutsche Volk will ein freies Deutschland und wendet sich von den Gewalttätern ab und dem Aufbau zu. (Lebh. Beifall in der Mitte.)

„Zur Geschäftsordnung“ teilt Abg. Stöcker (Komm.) mit, daß seine Fraktion sich jetzt zur Demonstration des Reichenzuges der beiden

nationalen: Hugenberg, der Kanonenlieferant des Auslands und Inflationsgewinnler an der Spitze. Nazis und Deutschnationale Arm in Arm, die finstreste preußische Vergangenheit, die schwärzeste Reaktion verherrlichend, das ist die richtige Bundesgenossenschaft. Da war nichts mehr von Arbeiterfreundschaft, nichts mehr von Sozialismus zu

spüren, da war zwischen dem alten Junker Didenburg-Januschau, dem Großindustriellen Hugenberg und den Wortradikalen Goebbels und Fried die innigste Harmonie.

Noch mehr solcher Diskussionen, und den Massen draußen werden die Augen aufgehen.



jüngsten Opfer des Goebbelschen Mordfahndens begeben. (Präsident Lübbe rügt eine derartige Verteilung von Mitgliedern des Hauses.)  
Abg. Dingeldey (D. Sp.) erklärt zu den Gerüchten über Diktaturpläne dieser Partei, daß sie auf keinen Fall der Schwereindustrie oder sonst einer einzelnen Interessentengruppe die Diktatur einräumen wolle. Aber man sollte „alle Möglichkeiten der Verfassung ausnützen“, um rechtzeitig ein Verlangen des überspitzigen Parlamentarismus zu verhindern. Das wäre z. B. möglich gewesen, als die Deutschnationalen die stärkste bürgerliche Partei waren, da hätten sie mit anderen Parteien zusammen dieses System umarbeiten können. Der Raxis redet Dingeldey zu, daß man die gesamten Volksträfte nach außen nicht zusammenfassen könne, wenn man sozialer Kraft auf die Suche nach dem Schuldigen an der Tributnot ufm. verwehnde.

Solange das Ausland von Deutschland nur die Armeen Hilfers und Hörings einander gegenübersteht.

werden wir nicht die Macht nach außen erringen. Die Geschichte wird Sie (zu den Raxis) danach beurteilen, wieviel von Ihrer Kraft Sie in staatsreformatorischem Sinne aufwenden. (Reb. Zurufe der Raxis.) Dazu mühten Sie aber auch dem Volke ja zu sagen, was Sie mit der Macht anfangen wollen.

Die Aufgaben von heute sind nicht ohne Opfer an Popularität zu leisten.

Wie wollen Sie die Reichsfinanzen sanieren, die Arbeitslosigkeit beseitigen, die Gemeinden vor dem Bankrott retten? (Die Raxis antworten: Young-Plan! Ihr Spiel! Wie regieren Sie?) Dann verteidigt der Redner die Politik seiner Partei gegen die Raxis, und

ernahmt diese, im öffentlichen Leben wenigstens die Anstandsgebote zu befolgen.

Abg. Simpfendorfer (Chr.) verliest eine längere Erklärung, die mit der Ankündigung schließt, daß seine Fraktion die Mißtrauensanträge ablehnt.

Abg. Mollath (Wirtschp.) kritisiert die Finanzpolitik der vergangenen Jahre als — staatsfalsch. Nach immer ist eine Belehrung nicht eingetreten. Die Rechte schließt durch ihre „tute“ Oppositionspolitik andere nationale Parteien vom gemeinsamen Regieren aus.

Dem Kranken kann ein herbeigerufener Sehtaner nichts nützen, der ihn auf Hilfe verweist, bis er seinen Doktorhut hat.

(Heiterkeit.) Ohne energisches Anpacken der Großindustrie keine Preisentzug, Erhöhung der Steuern, Bölle und Tarife lassen die ganze Preisentzugaktion als Phrasen erscheinen.

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Sp.) ist entschieden gegen die Anwendung des Artikels 48 zur Verordnung von Gesetzen, deren Erlaß dem Reichstag allein zusteht. Die vorige Reichstagsauslösung hat sich als so verhängnisvoll erwiesen, daß die meisten Parteien lieber mitarbeiten werden, als eine neue Auflösung herbeizuführen. Der bayerische Osten muß auch in die Diktatur einbezogen werden. Als der Redner sich über einige Aussprüche Goebbels vom Tag vorher lustig macht, erwidert Goebbels mit der mehrfach wiederholten Behauptung, Pfleger habe sich vom Warenhausverband 2000 Mark zahlen lassen, damit er für die Warenhäuser eintrete. Dieser Bestechung sei Pfleger nicht einmal gefolgt. (Ordnungsruf, andauernder Wortwechsel und Lärm.)

# Eine Züchtigung für Goebbels.

Abg. Dr. Mierendorff (Soz.):

Wie bei jedem sozialdemokratischen oder kommunistischen Redner schiden sich die Hitlerianer an, den Saal zu verlassen. Als endlich soweit Ruhe eintritt, daß der Redner sich verständlich machen kann, fordert er Dr. Goebbels auf, im Saale zu bleiben, und da Goebbels tags vorher die Sozialdemokratische Partei angeklagt habe, nun auch die Anklage gegen ihn und seine Partei anzuhören. Obwohl Mierendorff Goebbels jurist. dazubehalten und zuzuhören, wenn ein Kriegsteilnehmer mit ihm spricht, verläßt Goebbels mit seinen Beuten den Saal;

auch der Appell an seinen Mut kann Goebbels nicht im Saal halten.

Erst später finden sich wieder einige Raxis als Hör- und Schimpfpöbel im Saale ein.

Genosse Mierendorff führt aus: Nicht wir, sondern Goebbels und seine Partei gehören auf die Anklagebank. Aber das Verfahren kann auch in Abwesenheit der Angeklagten geführt werden. Goebbels hat uns beschuldigt, an dem angeblichen Bankrott des Systems schuld zu sein. Das haben die Nationalsozialisten hier schon seit Jahren immer wieder gesagt. Als Beweis führt Goebbels an, daß heute in Deutschland 5 Millionen Menschen hungern. Diese fürchterliche Tatsache kennen wir auch ohne Herrn Goebbels. Wenn er aber damit die Bilanz der 12 Jahre Republik gezogen haben will, dann frage ich, wo ist er 1918 gewesen?

1918 hungerte das ganze deutsche Volk. Goebbels wird damals allerdings dort gewesen sein, wo er auch 1914 und die folgenden Jahre war, nämlich weit vom Schuß.

Kein Messingriff, kein Kupferfessel, keine Kirchenglocke war mehr in Deutschland, alles war zu Granaten und Zündern verarbeitet, alles in die Luft gepulvert. Damals hatte Deutschland die Bilanz eines Bankrotteurs. Raubbau ist getrieben worden am Boden, an den Maschinen in den Fabriken und auch an den Menschen, nicht nur an der Front, sondern auch in der Heimat. Die wirklichen Bankrotteure sind Herr Goebbels in diesem Hause sehr nahe. Es ist wohl kein Zufall, daß Goebbels sich den Platz ausgerechnet neben dem Herrn Oldenburg von Januschau gewählt hat und zu seinen Füßen ausgerechnet Herr Herzog sitzt. (Sehr gut links. — Große Lärme rechts.) Goebbels legt am allerwenigsten das Recht, den Ankläger zu spielen, denn

wir wären viel weiser in der Wiederaufbauarbeit, wenn Goebbels und seine Anhänger mitgearbeitet hätten, den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Die Raxis waren ausgerückt nach Holland und nach Schweden — wir haben den Karren aus dem Dreck gezogen, Sie aber haben hinter dem Busch geessen, Steine nach uns geworfen und Wälder in die Räder gesteckt. Das ist die Bilanz! (Zuruf rechts: Unverschämtheit! Sondergesand! — Ordnungsruf.) Bei den Raxis, und den ihnen verwandten Parteien liegen die Leute, die immer von Volksgemeinschaft geredet, aber niemals mitgearbeitet haben, wenn die wirkliche Volksgemeinschaft am Aufbau war. (Zuruf rechts: Die Volksgemeinschaft, die Sie meinen, wollen wir nicht. Sie meinen Gefährd, wir meinen Gemeinschaft. — Stürmische Gegenrufe links.)

Goebbels hat behauptet, seine Partei hätte die angebliche Katastrophe von heute vorausgesehen. Aber die wirkliche Katastrophe hat die Sozialdemokratie schon vor Jahrzehnten vorausgesehen. In dieser Stelle hat im November 1911, ich glaube sogar

am 9. November 1911 hat August Bebel hier gewarnt vor der Politik der herrschenden Klassen, zu denen Sie (nach rechts) doch gehört haben, gewarnt vor der Politik des Wettrüstens, und Bebel sprach:

„Hinter diesem Krieg steht der Massenbankrott, steht das Massenelend, steht die Massenarbeitslosigkeit, steht die große Hungersnot.“

(Hört, hört! bei den Soz.) Sie heute haben wir das alles, und da wollen Sie uns antlagen, etwa Sie, Herr Hugenberg?

Das Stenogramm der Rede Bebel's verzeichnet nach den von mir wiederholten Worten: „Zuruf von rechts: Nach jedem Krieg wird es besser.“

(Stürmische Hört, hört! links.) Das war die Antwort, die Sie (nach rechts) gegeben haben, wenn Sie, Herr Hugenberg, auch jetzt mit der Hand abwinken. (Lärm rechts.) Es scheint, daß an den Bänken der Rechten, auf denen jetzt die Raxis, und die Deutschnationalen sitzen, ein gewisser Geist haust. (Andauernder Lärm rechts.) Als ich noch gemeinsam mit Dr. Goebbels am Fuße des Heibelberger Schlosses in demselben Kolleg saß, zu Füßen des Professors Dr. Gundelfinger, da hat sich Herr Goebbels nicht mit den großen politischen Fragen beschäftigt, sondern die Romantik studiert (Heiterkeit links und in der Mitte), und seine Doktorarbeit darüber gemacht. Ich glaube schon, daß er bei Dr. Gundelfinger recht viel gelernt hat. Ich schreibe das aus der geradezu orientalischen Sprachgewandtheit, die Dr. Goebbels gestern hier gezeigt hat. (Reb. Heiterkeit links und in der Mitte. — Zuruf rechts: So eine Gemeinschaft! — Neue Heiterkeit links.) Orientieren Sie sich doch lieber über den Tatbestand.

Es wäre besser gewesen, wenn Goebbels damals nicht die Romantik, sondern Nationalökonomie studiert hätte. Dann wüßte er heute, daß es Unsinn ist, wenn er dem deutschen Volke weismachen will, man könnte eine solche Wirtschaftskatastrophe, wie sie der Weltkrieg angerichtet hat, mit solchem Hotspatus beheben, wie es die Raxis wollen.

Sie machen Ihr Hakenkreuz auf jeden Bierflüß und jeden Türpfosten, Sie heben beschwörend die Hände. Glauben Sie, damit den bösen Geist, der die Wirtschaft heimsucht, aus Deutschland bannen zu können?

Mit solchen Tausendfüßern und solchen Naturheilverfahren, wie Hitler es einführen will, ist nichts dagegen zu machen. Eines hat Goebbels gesagt, was ich als Kriegsteilnehmer ganz besonders

zurückweisen muß. Er hat wieder einmal im Namen der Jugend gesprochen, die angeblich hinter seiner Partei stehe. Er hat sogar das Wort umgedreht, daß wer die Jugend, der auch die Zukunft hat. Mit der Selbstüberhebung hat er das getan, die ja in Deutschland gemeinhin als ihr älteres Zeichen das Hakenkreuz trägt. (Sehr gut! links und in der Mitte.)

Nach seiner Rede bekam Goebbels vor allem den Beifall und den Glückwunsch des Herrn von Oldenburg-Januschau.

Das scheint uns ein Symptom zu sein. Nicht der Jugend hat Goebbels aus dem Herzen gesprochen, sondern der ostelbischen Reaktion, und nicht für die Zukunft Deutschlands, sondern für die finsternste Vergangenheit. (Stürmischer Beifall links, Lärm rechts.) Es ist ein romantischer Irrtum des Herrn Goebbels, daß das deutsche Volk hinter den Raxis, siehe. Dieser wüßte Heerhaufen von wildgewordenen Kleinbürgern und solchen, die es werden wollen, dieser Haufe, in dem vielleicht Herr von Oldenburg die Rolle des Böß von Versailles spielen will — der soll das deutsche Volk sein? Nein, das deutsche Volk steht in unserem Lager, im Lager der deutschen Demokratie steht die deutsche Arbeiterschaft, stehen die Angehörigen und die Bauern, und in diesem Lager werden und müssen sie immer stehen, wenn Deutschland nicht zugrunde gehen soll. (Stürmischer Beifall links, großer Lärm rechts.)

Nicht dafür haben wir Kriegsteilnehmer vier Jahre lang unsern Kopf hingehalten, daß Deutschland nationalsozialistisch regiert werde, nicht dafür sind wir 1914 bis 1918 im Schützengraben gewesen, daß aus Deutschland wieder ein Kasernenhof gemacht wird in dem Herr von Oldenburg das Kommando führt.

Nicht dafür sind wir 1918 in die Breiche gesprungen und haben die deutsche Einheit geliebt, daß die Raxis, Deutschland beherrschen, und nicht dafür sind unsere Kameraden gefallen. Es ist eine Annahme sondergleichen, wenn die Raxis, sich erlauben, alle Kriegsteilnehmer und alle Gefallenen für sich zu beanspruchen. Das wäre ja noch schöner, wenn Goebbels von unseren Gefallenen sagen dürfte, sie seien gefallen für sein nationalsozialistisches Reich! Wir halten an unserem Ideal eines freien demokratischen und sozialistischen Deutschlands fest, und die Millionen draußen in ihrem wunderbaren Abwehrkampf gegen die Raxis, die stehen fest zu uns, wie damals an der Front mit zusammenstehenden, und diese Massen sind bessere Testamentsvollstrecker der Gefallenen, als die Herren vom Hakenkreuz. (Andauernder großer Lärm rechts.)

Wir werden für dieses Ideal kämpfen und dafür, daß alle Frontsoldaten erkennen, daß sie zu uns gehören, wir werden diesen Kampf ins Übermenschliche steigern!

(Stürmischer Beifall der Soz. — Großer Lärm rechts. — Schimpfrufe der Raxis, wofür Abg. Rupp [Raxis] zwei Ordnungsrufe erhält, da er u. a. den Redner, als dieser sich als Frontkämpfer bezeichnete, „Großmaul“ genannt hat.)

## Ein fehlgeschlagener Raxisfreud.

Abg. Stöhr (Raxis) beantragt nun um 10 1/4 Uhr, die Beratung abzubrechen.

Präsident Lübbe: Wir hatten die Absicht, bis 20 Uhr zu togen, könnten also noch einen oder zwei Redner hören.

Die Raxis widersprechen, bestehen aber nicht auf der ausfallslosen Abstimmung über den Antrag Stöhr, sondern verlassen den Saal. Stöhr sieht diesem Vorzug gern — verläßt zu.

Präsident Lübbe stellt nun fest, was die Raxis, mit ihrem Auszug ja herbeiführen wollten, daß nämlich das Haus nicht mehr beschlußfähig ist. (Die Bänke der Kommunisten sind seit Stunden leer.) Im Anschluß an diese Feststellung verweist der Präsident darauf, daß er somit Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen hat. Er ordnet die nächste Sitzung für heute 12 Uhr an mit der Tagesordnung: Rest der innerpolitischen Debatte samt Abstimmungen.

Anträge über die Reform der Geschäftsordnung, wofür der Präsident zugleich eine Redzeit von einer halben Stunde für jede Fraktion festsetzt.

Schließlich Anträge des Geschäftsordnungsausschusses, betreffend Genehmigung oder Nichtgenehmigung von Strafverfahren gegen Abgeordnete.

Durch diese Anordnung des Präsidenten ist die heutige Geschäftsordnungsdebatte auf nicht allzu große Dauer beschränkt. Die Sozialdemokraten sprechen dem Präsidenten durch stürmischen Beifall ihre Anerkennung zu seinem Vorgehen aus; der Restfall der Raxis wird vom ganzen Haus fröhlich zur Kenntnis genommen.

Schluß 10.20 Uhr.

## Vertagung des Landtags.

Staatsberatung im Hauptausschuß.

Der Preussische Landtag vertagte sich am Freitag auf den 23. Februar, um dann mit der zweiten Lesung der staatlichen Berg- und Hüttenverwaltung zu beginnen. In der Zwischenzeit wird der Hauptausschuß eine Reihe von Staatsdurchberatungen.

Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung standen neben einer Reihe kleinerer Vorlagen u. a. auch die Regierungsvorlage über den Finanzausgleich für 1931, die mit den dazu gestellten Änderungsanträgen dem Hauptausschuß überwiesen wurde. Angenommen wurde auch ein Hauptausschußantrag, der die Aufstellung eines Generalplanes für Hochwasserschuttsanlagen im Rheingebiet verlangt und den Hochwasserschuttsfonds auf 1,5 Millionen ergänzt. Daneben sollen den vom Hochwasser Betroffenen Kreditvergütungen und steuerliche Entlastungen gewährt werden. Auch der Ausbau der Hochwasser Ma soll in Angriff genommen werden.

Dann verabschiedete das Haus noch die kleineren Staats- und Staatsanzeiger und der Oberrechnungskammer in zweiter Lesung.

## Der Spion als Kronzeuge.

Moralische Züchtigung der Verleumderpresse.

Wiederholt haben wir auf den schmachtvollen Zustand hingewiesen, daß deutsche Nationalisten die Schrift des französischen Spions Desgranges-Crouzier dazu benutzten, der Deutschen Sozialdemokratie Verbindung mit dem französischen Nachrichtendienst während des Krieges, also offenen Kriegsverrat nachzureden. Sogar bekannte kaiserliche Generale haben sich nicht scheut, diese Verleumdung immer wieder aufzuwärmen. Es sei nur erinnert an den braven General Cramon, der sich über diese angebliche Verbindung bekannter Sozialdemokraten mit dem Kriegsgegner in der nationalsozialistischen Presse entäußerte, während er sich nachweisen lassen mußte, daß er persönlich während des Kapp-Putsches zu dem französischen General Rollet lief, um diesem die Mitarbeit der „Kapp-Regierung“ anzubieten.

Heute soll nun in Moabit die Gerichtsverhandlung fortgesetzt werden, die am 20. Dezember bereits begonnen hatte in der Klagesache der Genossen Crispin und Dittmann, die von nationalsozialistischen Blättern mit der gleichen Verleumdung bedacht worden waren. Es wirkt fast wie eine rechtzeitige Abkehr von der ungeheuerlichen Beschuldigung, wenn in einer der letzten Nummern des „Zeitungserlag“, der Zeitschrift des Vereins Deutscher Zeitungverleger, das Buch des Spions Desgranges als die „Fabeleien eines französischen Spions“ bezeichnet wird. Auf Grund von „Informationen eines deutschen Gewährsmannes, dessen Sachkunde und Zuverlässigkeit dem „Zeitungserlag“ bekannt sind und der während des Weltkrieges in den Niederlanden eine Tätigkeit ausübte, bei der er den Herrn Desgranges genau und ständig beobachtet hatte“, warnt der „Zeitungserlag“ davor, diesem französischen Spion auch nur ein Wort zu glauben.

Ganz ähnlich wie der „Zeitungserlag“ äußert sich ein Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in einem Aufsatz, der den bezeichnenden Titel trägt: „Die Räubergeschichten des französischen Spions“. Auch darin wird das Gerücht und die Selbstbeweihräucherung des Desgranges entsprechend angeprangert. Dann aber wird an die deutschen Leser des Buches diese sehr vernünftige Mahnung gerichtet:

Die deutschen Parteien werden gut daran tun, alles, was dieser Franzose über seine Beziehungen zu ihnen und einzelnen Persönlichkeiten mehr andeutet als ausfragt, mit größter Mißtrauen aufzunehmen. Dieser französische Spion ist alles andere als ein Kronzeuge, auf dessen Aussage man sich für einen Vorwurf gegen irgendwelche Deutschen stützen darf.

Das ist zwar eine verspätete, aber immerhin noch fühlbare Ohrfeige für die kaiserlichen Generale und andere Offiziere, die sich nicht scheut haben, auf Grund des Nachwerks eines französischen Spions die größte deutsche Partei mit infamsten Beschuldigungen zu überhäufen. Wir können ihnen den Hereinfluss von Herzen, haben aber wenig Hoffnung, daß sie daraus auch nur das geringste lernen könnten.

## Ein Inflationsantrag.

Das Fiebergeld findet keine Gegenliebe.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt behandelte in seiner Freitagssitzung den Haushalt der Reichswehr. Während die Verhandlungen über diesen Haushalt in früheren Jahren sich auf technische Einzelheiten beschränkten und binnen kurzer Zeit beendet wurden, wuchs die Beratung sich in diesem Jahre zu einer großen sachlichen Debatte aus, da vom Abgeordneten Herpt (Dnall.) verschiedene interessante und nerkwichtige Reparationsfragen zur Sprache gebracht wurden.

Kuherdem hatte der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt eine Entschließung eingebracht, deren Kern die Forderung war, die Durchführung aller öffentlichen Aufgaben des Reichs, der Länder und der Gemeinden, durch welche neue Werte geschaffen werden (z. B. Kraftwerke, Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen, Straßen, Kanäle usw., durch Ausgabe zinsloser Reichsdarlehensscheine zu finanzieren.

Der Antragsteller beschränkte sich bei der Begründung seines Antrages auf ganz kurze Ausführungen, die den Inhalt der Entschließung nur mit etwas anderen Worten umschrieben. Von den Rednern aller Parteien, von den Kommunisten bis zur Deutschen Volkspartei, wurden die ungeheuren Gefahren der Ausgabe solcher neuen Geldmittel für die Stabilität der Währung dargelegt, und die Antragsteller um genaue und eingehende Darlegung ihrer Pläne erjudet. Selbst der deutschnationale Abgeordnete Dr. Quack, der sonst stets von der „sehr großen und starken Rechten“ zu sprechen pflegt, mußte sich zu dem Geständnis bequemen, daß die Deutschnationalen bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht für die Resolution stimmen könnten.

Als letzter Redner nahm der Abgeordnete Reinhardt unter großer Spannung des Ausschusses das Wort und erklärte, die bisherige Debatte habe gezeigt, wie verständnislos alle Parteien neuen grundlegenden Ideen gegenüberstünden. Er müsse es daher ablehnen, mit solchen verständnislosen Parteien die von ihm aufgeworfenen wichtigen Probleme im einzelnen zu debattieren. Man würde im dritten Reich sehen, wie es gemacht werde, ohne daß eine Inflation entstehe. Dabei würden allerdings diese anderen Parteien nichts mitzusprechen haben.

Er sprach und setzte sich unter allgemeiner Heiterkeit des Ausschusses.

## Der Refordschluder.

Herr Sprenger macht Ausreden.

Endlich antwortet die nationalsozialistische Presse auf die Vorwürfe gegen ihren Abgeordneten Sprenger wegen Diätenhamperei. Die Tatsache, daß dieser Herr an einem Tage 107,50 M. in 5 Tagen 362,50 M. Diäten bezogen hat, wird unumwunden zugegeben. Bestritten wird allerdings, daß Herr Sprenger diese Beträge unberechtigt bezogen habe. Dem steht aber die Tatsache entgegen, daß Herr Sprenger beim Verwaltungsrat der Reichspost für zwei Reisetage 60 M. liquidiert hat, auf die er keinen Anspruch hatte, weil er an diesen Tagen nicht von seinem Wohnort nach Berlin oder zurück gereist ist. Der beste Beweis für das nicht einwandfreie Verhalten Sprengers liegt in der Tatsache, daß er inzwischen 30 M. an die Reichspost zurückgezahlt hat. In seinem täglichen Rechtfertigungsversuch im Reichstag hat Herr Sprenger wohlweislich die Tatsache, daß er zur Rückzahlung von 30 M. zwei erhaltenen Diäten von der Reichspost gezungen worden ist, sorgsam verheimlicht.



# Epilog für Herrn Feder.

Von Dr. Erik Nötling.

In dem Rundfunkgespräch, das am 16. Dezember 1930 vor dem Mikrophon der Deutschen Welle Herr Gottfried Feder mit mir hatte, führte er darüber bewegliche Klage, daß es infolge des „marginalen Terrors“ leider unmöglich sei, mit einem Sozialdemokraten in ruhiger und sachlicher Weise in öffentlicher Versammlung zu disputieren. Die Parteigenossen in Hamburg haben diese Redewendung aufgegriffen und Herrn Feder zu einer Versammlung eingeladen, zu der Sozialdemokraten und Nazis in gleicher Weise Zutritt erhalten sollten, und für die jedem von uns beiden die gleiche Redezeit zugewilligt wurde. Eine Diskussion zwischen Herrn Feder und mir sollte den Abschluß bilden.

Herr Feder erklärte in einem an die Hamburger Parteileitung gerichteten Schreiben, daß er zu spät von der geplanten Versammlung erfahren habe, um der Einladung Folge leisten zu können, er halte sich jedoch für einen späteren Termin „selbstverständlich“ zur Verfügung, was die von mehr als 10 000 Menschen besuchte Hamburger Versammlung mit Beifall quittierte. Inzwischen wurden Herrn Feder verschiedene Termine zur Auswahl angeboten, damit er sein Wort wahr machen konnte, er hätte sich jedoch in verdächtiges Schweigen.

Dann aber folgten die Ereignisse Schlag auf Schlag: Herr Feder bedrängt von Fragen, die man im Reichstag ihm zu stellen beabsichtigte und die auf die falschen Zahlenangaben Bezug nahmen, mit denen Feder in seinem zweiten Rundfunkgespräch operierte, verschwand zunächst ohne weiteren Kommentar aus dem Haushaltungsausschuß des Reichstags. Dann ging am 3. Februar durch die Presse eine aus der „Deutschen Wochenschau“ Nr. 4 stammende Erklärung: Herr Feder jöge seine Zulage zu einem öffentlichen Streitgespräch mit dem sozialdemokratischen Professor zurück, weil dieser ihn und den anderen prominenten Führer der Nazis, den Grafen Reventlow, in der marginalen Tagespresse allzu scharf angegriffen habe (ich kann die beiden Herren doch nicht mit Konjekt füttern), und Eingeweihte haben schon damals richtig vermutet, daß der große Adolf Hitler Feder gegenüber sein Haupt in Zorn verhalte und ihm das weitere öffentliche Auftreten verbiete.

Was damals nur zu ahnen war, ist heute erwiesen. Denn in der Fraktionsstimmung der Nationalsozialisten vom 4. Februar 1931 wurde bei Stimmenthaltung von Feder einstimmig beschloffen, daß weder Feder noch sonst irgend ein Nazimann sich künftig an Rundfunk- und sonstigen öffentlichen Disputationen mit uns Nazis zu beteiligen habe. Namentlich Herr Frick hat sich bei dieser Gelegenheit, wie der „Vorwärts“ berichtet, in scharfsten Anklagen gegen Herrn Feder ergangen, und auch andere Fraktionskollegen haben ihm die Mißbilligung über sein Rundfunkgespräch ausgesprochen. Der Brief des Zentrumsabgeordneten Kaas, den Feder angeblich besitzen will, hat bei den erregten Verhandlungen ebenfalls eine Rolle gespielt. Goebbels hat nach einer Meldung der gleichen Quelle Feder des öffentlichen Verrats am Nationalsozialismus bezichtigt. Auch nach dieser Seite hin sind ihm alle weiteren Aktionen strengstens verboten worden. So wird um Herrn Feder wohl nun Grabesstille sein, und er wird kaum weiter die Öffentlichkeit beschäftigen.

Vom sozialdemokratischen Parteistandpunkt ist es nur zu begreifbar, daß sich die Herrschaften gegenseitig in die Haare geraten und daß das kommunistische Beispiel des sich Abbalsterns nun auch dort Schule zu machen beginnt. Um Herrn Goebbels ist, wie man in Bekken allgemein hört, auch mehr Lärm und Beifall, als Herrn Hitler angenehm erscheint, so daß weitere Sprünge im Hakenkreuz in Aussicht stehen. Böse Zotten, die über die Hitleret heranziehen! Der Jangendruck des Gegners von außen wird immer stärker, und von innen klaffen die Risse häuslichen Habers.

Aber von Herrn Gottfried Feder darf noch berichtet werden, daß auch Herr Dr. Otto Straßer in einem an mich gerichteten Brief neulich bekräftigt, daß Feder nach seinem Dafürhalten am Rundfunk wenig wirksam die Sache des Nationalsozialismus vertreten habe, weshalb nunmehr Herr Straßer zu einem erneuten Waffengang mit mir antreten möchte. So wirft der einstige Parteifreund hinterher einen Stein auf das Grab, auf das wir mit diesen Zeilen in Wehmut einen Kranz legen.

# Wir setzen uns zur Wehr.

Eine Kundgebung des Deutschlandbundes.

Unter dem Leitwort „Wir setzen uns zur Wehr“ veranstaltete gestern der Deutschlandbund eine große öffentliche Kundgebung im Sportpalast.

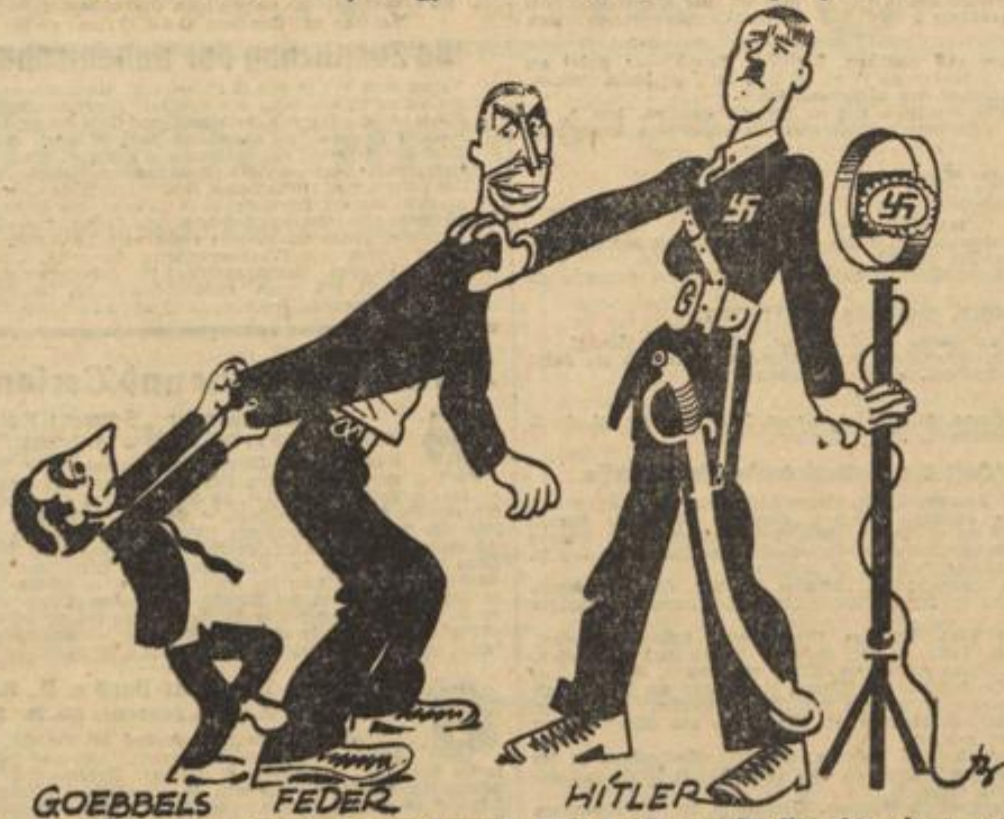
Als erster Redner sprach der Zentrumsabgeordnete Joss. Während in Europa der Solidaritätsgedanke gewinnt, sagte er, während nach einem Ausspruch Herriots der eine Europäer, wenn es dem anderen regnet, nasse Füße bekommt, stehen sich in Deutschland selbst die Gruppen mit erbittertem Haß gegenüber. Unter diesen Gruppen erhebt sich die Nationalsozialistische Partei der Wahrheit. Die Hage, die Ebert, Rathenau, Wirth und Stresemann verfolgt hat, ist wieder in voller Blüte. Aber zuletzt steht dieser Haß sich selbst auf.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich meinte, nach dem 14. September sei ein Zug des Niedergangs in Politik und Wirtschaft gekommen. Der Untergang des deutschen Volkes wird aber erfolgen, daß auch die Reparationsfrage nicht mit einem Strich durch die Rechnung erledigt werden kann. Ursprünglich verlangten die Entenmächte 420 Milliarden Goldmark, eine wahnsinnige Summe. Der Londoner Plan 1921 setzte 120 Goldmilliarden fest. Vom Dawes-Plan mit 2½ Milliarden Annuitäten kam man zum Young-Plan mit 1,7 Milliarden pro anno, das sind kapitalisiert 33-34 Milliarden. Die wachsende Erkenntnis in der Welt wird dazu führen, daß auch diese Ziffern geändert werden und die Bahn des möglichen betreten wird.

Der dritte Redner, Genosse Solimann, ging von dem Artikel des Friedensvertrages aus, der Deutschland zu Unrecht allein für den Krieg verantwortlich macht, und fuhr fort: „Ist es nicht noch niederträchtiger und unwürdiger, einen großen Teil des Volkes, die Arbeiterklasse, die Demokraten, die Republikaner für die Niederlage und alles Elend der Nachkriegszeit verantwortlich zu machen? „Die Arbeiterklasse“, sagte Solimann weiter, „wird ihre Volks-, Gewerkschafts- und Zeitungshäuser, ihre Volksbühnen, die Heime ihrer Sportler und Naturfreunde gegen Barbarenschäfte mit den Häuten ihrer Jugend verteidigen.“

Die gewaltige Versammlung unterstrich dieses Gebotnis mit stürmischer Zustimmung.

# Das versiegelte Mikrophon.



Hitler: „Die Qualscherei am Radio hört mir auf. Mit geistigen Waffen blamieren wir uns nur!“

# Separatisten in der Pfalz verhaftet

Wegen neuer Loslösungspläne?

Aus den pfälzischen Städten Kaiserlautern und Schifferstadt werden Verhaftungen von ehemaligen Separatisten gemeldet, die beschuldigt werden, in Verbindung mit französischen Stellen in Mex., wohin sie nach der Räumung zunächst geflüchtet waren, neue separatistische Pläne verfolgt zu haben. Die Akten sollen bereits dem Oberreichsanwalt übermittelt worden sein.

Nicht die leiseste Spur irgendwelcher Sympathien für diese Elemente, die zum größten Teil unpolitisches Gesindel waren, sondern wohlverstandenes nationales Interesse veranlaßt uns, diese Angelegenheit mit besonderer Vorsicht zu behandeln. Es darf nicht der geringste Verdacht aufkommen, daß die Verhaftungen, die zu diesen neuen Verhaftungen geführt haben, am Ende nur ein Vorwand wären, um nachträgliche Rache an früheren Separatisten zu üben.

Deutschland hat sich auf der Haager Schlusskonferenz formell gegenüber den früheren Befehlsmächtigkeiten verpflichtet, letzterzeit Repressalien gegen die ehemaligen Separatisten nach Abzug der Okkupationsstruppen zu üben. Es war schon bedenklich und beschämend genug, daß sich unmittelbar nach der Räumung die besonnenen Vorgänge abspielten konnten, die noch in frischer Erinnerung — nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland — sind. Unter dem Vorwand, daß man gegenüber einer elementaren Auswühlung des Volkzornes machtlos sei, ließ man es geschehen, daß das separatistische Gesindel durch womöglich noch schlimmeres Nazi-Gesindel attackiert wurde, daß es übrigens nicht nur auf nationale Rache, sondern zum Teil einfach auf Bländigung abgesehen hatte. Viel zu spät griffen damals die örtlichen Behörden durch, um das von der Reichsregierung verpöndelte Wort einzulösen.

Damals flüchteten manche Separatisten über die Grenze, um dort jenen französischen Schutz zu finden, den Deutschland nicht fähig oder willens war, ihnen zu gewähren. Es wird nun behauptet, daß sie ihre separatistische Tätigkeit nach ihrer Rückkehr wieder aufgenommen haben. Hoffentlich läßt sich diese Behauptung auch beweisen, insbesondere auch die Behauptung, daß sie ihre

Pläne im Einvernehmen mit französischen Stellen verfolgt haben. Ueber den Grad der Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich — oder auch nur untergeordnete französische Organe — heute noch solche wichtigen Pläne verfolgen, wollen wir einstweilen kein Urteil abgeben. Sollten aber diese Beschuldigungen nicht zutreffen, dann würden die bayerischen Polizeibehörden in der Pfalz, die die Verhaftungen vorgenommen haben, dem Deutschen Reich eine sehr unangenehme diplomatische Affäre eingebracht haben. Deshalb halten wir es für dringend erforderlich, daß nicht nur der Oberreichsanwalt, sondern auch das Auswärtige Amt diese Angelegenheit sehr genau verfolgt und hoffen, daß es nicht zögern wird, rücksichtslos einzugreifen, wenn es die Ueberzeugung gewinnen sollte, daß aus diesen Separatistenverhaftungen die Gefahr einer außenpolitischen Niederlage zu entstehen droht.

# Gegen bewaffnete Rechtsorganisationen

Die bayerische Regierung gegen die Pfälzer Ortswehren.

München, 6. Februar (Eigenbericht.)

Die Tatsache, daß die rechtserrichteten Kriegervereine in der Pfalz unter Leitung eines Herrn von Guttentag die Bildung sogenannter Ortswehren betreiben und sich dabei auf amtliche Unterstützung berufen, veranlaßt die bayerische Regierung zu folgendem Dementi:

„Die bayerische Staatsregierung steht diesen Bestrebungen vollständig fern. Sie hat sie weder angeregt noch durch ihre Behörden begünstigt. Die von Seiten der Kriegervereine in Aussicht gestellte Bewaffnung dieser Ortswehren kommt gar nicht in Frage, da die reichsgesetzlichen Vorschriften über die Ausstellung von Waffenscheinen auch in der Pfalz gegenüber allen Staatsbürgern in gleicher Weise gehandhabt werden. Im übrigen besteht kein Anlaß zur Schaffung derartiger privater Einrichtungen, da die staatlichen Nachmittel auch in der Pfalz durchaus genügen, um Störungen der öffentlichen Sicherheit, woher immer sie kommen mögen, hintanzuhalten.“

# Armer Stahlhelm!

Hitler zeigt die kalte Schulter.

Essen, 5. Februar. (Eigenbericht.)

Die „Nationalzeitung“, die in Westdeutschland als das maßgebende Blatt der NSDAP. angesehen wird, bemerkt heute zur Einreichung des Stahlhelmschutzes folgendes:

„Seitens der politischen Tagespresse sind in diesen Tagen alle möglichen Kombinationen an das Stahlhelmschutzesbegehren geknüpft worden, die das Verhalten der NSDAP. zu dem Vorhaben des Stahlhelms betreffen. Hierzu stellen wir fest: Wie unser Führer Adolf Hitler in den vergangenen Wochen schon mehrfach zum Ausdruck brachte, wird der Zeitpunkt der Einleitung eines Volksbegehrens und Volkserhebens unsererseits durch ihn bestimmt. Wir haben daher, solange Hitler zu dem Begehren des Stahlhelms keine Stellung genommen hat, keinerlei Veranlassung, uns befürwortend zu äußern. Wir haben Anlaß anzunehmen, daß das auch die Ansicht maßgebender Stellen der Partei ist.“

# Gesändnis des Attentäters.

Bomben angeblich in Belgien angefertigt.

Rom, 6. Februar. (Eigenbericht.)

Der Plan eines Attentates auf Mussolini wird am Freitag halbamtlich bestätigt. Der nach blutiger Gegenwehr verhaftete Anarchist Schirru habe gestanden, daß es seine Absicht gewesen sei, Mussolini zu töten. Seine politische Ueberzeugung sei seit seiner frühesten Jugend die eines revolutionären Anarchisten. Der Plan zu dem Attentat sei bei ihm im vorigen Sommer in Paris gereift.

Die faschistische Presse erklärt dazu, daß Schirru sicher bei den Pariser Antifaschisten Helfershelfer gehabt habe. Die Bomben und Höllenmaschinen, die im Laufe gewelen wären, mit ihrem hochgradigen Explosivstoff in weitem Umkreis Verderben anzurichten, habe er selbst in Belgien angefertigt, und zwar in Charleroi. Den Explosivstoff habe er sich in Lüttich verschafft.

# Indien-Delegierte zurückgekehrt.

Verständigungswille der Arbeiterpartei anerkannt.

Motilal Nehru gestorben.

Bombay, 6. Februar. (Eigenbericht.)

Sopru und die 25 anderen Teilnehmer an der Indien-Konferenz sind am Freitag in Bombay angekommen. Sie haben sofort eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß in England die Stimmung gegenüber Indien vollkommen umgeschlagen sei. Es könne kein Zweifel mehr an dem Verständigungswillen der Arbeiterpartei gehegt werden.

Am Tage der Landung der Delegierten starb der neben Gandhi bekannteste Führer Motilal Nehru im Alter von 72 Jahren. Sein Sohn J. Nehru, Präsident des allindischen Kongresses, ist einer der mit Gandhi amnestierten Führer. Der Verstorbene zählte zu den Gründern der allindischen Bewegung. Er war kurz nach der Verhaftung Gandhis ebenfalls festgesetzt und zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden, mußte jedoch wegen Krankheit bald wieder freigelassen werden. Indien trauert um einen großen Führer. In allen Städten wehen Trauerfahnen. Der indische Vizekönig hat an die Hinterbliebenen ein in herrlichen Worten gehaltenes Beileidstelegramm geschickt.

# Ein neuer Hakenkreuzschwindel.

Anwürfe gegen Paul Herß

In der nationalsozialistischen Presse und in Flugblättern der Hakenkreuzler wird behauptet, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Herß „für seine Tätigkeit in Schlichtungsangelegenheiten in wenigen Stunden nahezu 11 000 M. gehamstert“ habe. Diese Behauptung ist völlig aus den Fingern gelogen. Dr. Herß ist niemals an einer Schlichtungsverhandlung beteiligt gewesen und konnte deshalb niemals auch nur einen einzigen Pfennig für eine derartige Tätigkeit erhalten.







# Tragödie eines Abgebauten

## Wie der Täter in der Reichsbahndirektion sich das Opfer suchte

Der Reichsbahndirektor Zander, der gestern das unschuldige Opfer der furchtbaren Tragödie geworden ist, die sich in den Räumen der Reichsbahndirektion Berlin am Schöneberger Ufer abspielte, wird dem Leben erhalten bleiben. Aus den Unfallsakten des unglücklichen Täters, der sich durch einen gut gezielten Herzschuß selber das Leben nahm, ergaben sich als Anhaltspunkte für die mutmaßlichen Gründe der Schreckstat folgende Tatsachen:

### Die Vorgeschichte der Tat.

Freeze hatte kurz vor dem Kriege, nämlich am 12. April 1914 beim Nachtendienst in der Fahrkartenausgabe des Berliner Ringbahnahofes Wedding einen Unfall erlitten, und zwar war er nach seiner Darstellung in dem Augenblick, als er dem ihn ablösenden Beamten die Tür zum Fahrkartentraum öffnen wollte, auf dem glatten Linoleumbelag ausgeglitten und war auf den Hinterkopf gefallen, so daß er sich eine Gehirnerschütterung zuzog. Auf Grund einer Anzahl von ärztlichen Gutachten wurde Freeze am 9. Dezember 1915 die volle Rente, also 66 2/3 Prozent seines bisherigen Gehalts vorläufig zugesprochen, jedoch hieß es in dem Bescheid, daß sein Leiden, das er sich im Bahndienste zugezogen habe, nach Auffassung der Ärzte besserungsfähig sei und daß deshalb Nachprüfungen seines Gesundheitszustandes stattfinden sollen. Im Jahre 1916 wurde F. dann der Kervenhellanstalt Lankwitz zur Beobachtung und Behandlung überwiesen und nach fünfmonatigem Aufenthalt wurde von den Ärzten eine Besserung seines Zustandes und damit eine Herabminderung seiner Erwerbsunfähigkeit auf 50 Prozent festgestellt, worauf seine Rente eine entsprechende Kürzung erfuhr. Wegen dieses Bescheids erhob der pensionierte Beamte Einspruch, und zwar beantragte er eine nochmalige Behandlung im Krankenhaus Westend, die ihm auch gewährt wurde. Professor Dr. Umber vom Krankenhaus Westend kam zu demselben Ergebnis wie die Lankwitzer Ärzte.

So daß es bei der Feststellung seiner Erwerbsbeschränkung von 50 Prozent und entsprechender Renteneinstufung blieb. Freezes Verzweiflung gegen diesen Bescheid wurde vom Oberversicherungsamt am 23. April 1918 abgewiesen, ebenso war die Anrufung des Reichsversicherungsamtes für ihn erfolglos.

Nach der Darstellung der Reichsbahn sei vielmehr vom Reichsversicherungsamt ausdrücklich anerkannt worden, daß dieser Fall sehr sorgfältig behandelt worden sei, und daß Freeze eine völlig ausreichende Rente zugesprochen worden sei. Bis zum Jahre 1920 wurde die Angelegenheit von dem früheren Geheimrat, jetzigen Reichsbahndirektor Kasack behandelt. Der Name dieses Direktors steht auch unter dem ablehnenden Bescheid, den Freeze am 23. April 1918 erhielt. Wahrscheinlich hat der Altentäter aus dieser Unterschrift den Schluß gezogen, daß Reichsbahndirektor Kasack auch heute noch der zuständige Dezernent sei. Man muß annehmen, daß die Ablehnung seiner Besuche auf Wiedergewährung der Vollrente in Freeze die fixe Idee aufkommen ließ, daß niemand anders als Direktor Kasack an der ihm zuteil gewordenen Behandlung die Schuld trage, und daß er immer mehr von einem Rachegefühl gegen den früheren Dezernenten beherrscht wurde.

### Der letzte Anlaß

zu der unglücklichen Tat dürfte in dem Umstand zu suchen sein, daß erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit, nämlich im November vorigen Jahres, nochmals eine Nachuntersuchung bei Freeze auf Veranlassung der Reichsbahndirektion stattfand und daß der betreffende Arzt wiederum zu dem Ergebnis kam, daß nur eine 50prozentige Erwerbsbeschränkung vorliege. Infolgedessen blieb es weiterhin bei der beschränkten Rente, wie sie Freeze seit 1918 nach Rechtskraft

der verschiedenen Entscheidungen seit seines Aufenthalts in Lankwitz bezogen hatte. Dieser letzte Bescheid vom November 1930 trug nicht mehr die Unterschrift des Reichsbahndirektors Kasack, sondern war lediglich beglaubigt von einem mittleren Beamten der Reichsbahndirektion. Sicherlich hat sich Freeze seit dem Scheitern dieses letzten Versuches zur Erlangung der Vollrente auf die Ausföhrung des Attentates vorbereitet. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß er gestern mittag, nachdem er anstandslos in das Innere des Reichsbahndirektionsgebäudes am Hofenplatz gelangt war, planmäßig nach Direktor Kasack, seinem „Feind“, gesucht hat. Das Zimmer Kasacks liegt im ersten Stock in der Nähe des Amtszimmers des Reichsbahndirektionspräsidenten, das des Reichsbahndirektors Zander auf demselben Flur, aber auf der anderen Seite des Aufganges. Im Laufe der Untersuchung ist nun festgestellt worden, daß mehrere Beamte gesehen haben, wie Freeze im Flur des ersten Stockwerkes die Türen mehrerer Amtszimmer abjudzte, die

Namensschilder studierte und auch in einzelne Räume hineinsah. Reichsbahndirektor Kasack befand sich zu der fraglichen Zeit nicht in seinem Amtszimmer, und es ist anzunehmen, daß Freeze, als er dieses Zimmer leer fand, in die benachbarten Räume ging, in der Annahme, daß Kasack sich vielleicht im Zimmer eines anderen Dezernenten aufhielt. Zufälligerweise waren aber auch diese Amtszimmer gerade unbelegt, was vielleicht die Erregung des Unglücklichen, dessen Nerven zweifellos zerrüttet waren, immer mehr gesteigert hatte. Er hatte sich innerlich auf die Tat vorbereitet, hatte also Maßnahmen getroffen, fand das von ihm ausersehene Opfer nicht und vollzog nun seine „Rache“ an dem ersten besten Beamten, den er in den Amtszimmern des ersten Stockwerkes sah, und das war Reichsbahndirektor Zander von der Bauabteilung, der mit der ganzen Angelegenheit überhaupt nichts zu tun hatte.

Das Befinden des schwerverletzten Reichsbahndirektors war in den Nachmittagsstunden noch Auskunft der Reichsbahndirektion leidlich, wenngleich Lebensgefahr noch wie vor bestand. Die Leiche des Altentäters wurde dem Schauhaus zugeführt. Ob auf Grund dieser Bluttat besondere Maßnahmen zum Schutze der Reichsbahndirektion getroffen werden, steht noch nicht fest, doch wird auf jeden Fall eine wesentliche Verschärfung der Türkontrollen Maß getroffen.

# Wie soll Berlin regiert werden?

## Der Kampf um die neue Stadtverfassung — Weniger Gerede, mehr praktische Arbeit!

Im Berliner Rundfunk sprach gestern der Pressesekretär der Stadt Berlin, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Richard Lohmann, über das Verwaltungsproblem der Reichshauptstadt. Nachstehend geben wir die Hauptgedanken seiner wertvollen Ausführungen wieder:

Der Preussische Landtag ist gerade in diesen Tagen dabei, das heilige Eisen der neuen Berliner Verfassung, das er fast ein Jahr lang im Feuer der Kritik hat liegen lassen, mit festem Zugriff anzupacken.

Berlin hätte an und für sich unter seiner jetzigen Verfassung, die erst im April ihr zehnjähriges Jubiläum feiern würde, noch manches Jahr leben und arbeiten können. Aber nachdem die Not der Zeit, die Not der deutschen Städte und der Reichshauptstadt im besonderen die Schwächen dieser Verfassung grell und einseitig beleuchtet hat, nachdem diese Schwächen nun ein Jahr lang ebenso einseitig in der breitesten Öffentlichkeit diskutiert worden sind, ist das nicht mehr möglich. Das Verwaltungsproblem „Groß-Berlin“ besteht seit über einem Menschenalter. Der erste Versuch einer wirklichen Lösung wurde aber erst nach der Staatsumwälzung gemacht. 1919 entschloß man sich zu einer Radikalkur, zum ersten Selbstverwaltungsgesetz für Groß-Berlin.

Drei Aufgaben soll man — nach der technischen Seite — einer guten Verfassung nachrücken können, sie muß eine einheitliche, eine schnelle und billige Verwaltungsarbeit ermöglichen. Für eine Großgemeinde ist die Einheitlichkeit und Billigkeit eine Frage der Zentralisation, die Schnelligkeit eine Frage der Dezentralisation — wenigstens im wesentlichen.

Der ursprüngliche Entwurf des Innenministeriums wollte die Vorteile sowohl der Stadtrats- wie auch der rheinischen Bürgermeisterversaffung für die Reichshauptstadt nutzbar machen in der Form, daß in den Bezirken, die im wesentlichen spezielle Verwaltungsarbeit zu leisten haben, die süddeutsche Stadtratsverfassung, in der Zentrale die rheinische Bürgermeisterversaffung mit der überragenden Stellung des Oberbürgermeisters durchgeführt werden sollte. Der Haupteinwand, der gegen eine solche Regelung erhoben wurde, gründete sich auf die Erfahrungen der

letzten Jahre und bezweifelte die Möglichkeit einer Uebertragung der rheinischen Bürgermeisterversaffung auf die Riesengemeinde Berlin. Die Regierung hat sich diesen Bedenken nicht verschlossen, und Minister Severing hat im Gemeindeausschuß des Preussischen Landtages erklärt, daß er sich einer kollegialen Aufteilung der Funktionen nicht widersetzen würde. Hieraus fußt das neue Kompromiß, das an die Spitze der Zentrale ein Kollegium von sechs Bürgermeistern stellt. Es behält die Stadtratsverfassung in den Bezirken bei, gibt aber der Zentrale eine Stadtdirektion mit eigenem Vorsteher und daneben einen Hauptausschuß unter Vorsitz des Oberbürgermeisters, dem besondere Befugnisse übertragen werden sollen.

Der neue Entwurf bringt zweifellos eine Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltung, ohne die Einheitlichkeit zu gefährden. Vieles von dem, was mit Recht als „Verlauf der Verwaltungsmaschinerie“ bezeichnet worden ist, kann beseitigt werden, wenn in Zukunft sowohl in der Zentrale sowie in den Bezirken wirklich der Wille zu schneller und sparsamer Arbeit vorhanden ist — Er bringt eine erhebliche Verminderung der Personenzahl in den leitenden Instanzen:

Jeder Bürgermeister statt eines 24köpfigen Magistrats, 150 Stadtverordnete statt 225, ein Bezirksbürgermeister statt eines 9- bis 13köpfigen Bezirksamtes, 15 bis 35 Bezirksratsmitglieder statt durchschnittlich 40 Bezirksverordnete.

Dazu eine Verringerung der Zahl der Bezirke, die die Stadt in Jahresfrist durchführen soll. — Durch die Wählbarkeit der leitenden Ressortbeamten, die nicht mehr einer beschließenden Körperschaft angehören, wird ein Ausgleich geschaffen zwischen Bürokratisierung und Politisierung.

Für die Uebergangszeit sind zwei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung. Die eine ist in dem neuen Entwurf entsprechend dem Wunsch des preussischen Innenministers geregelt: Kommunale Neuwahlen werden in der notdösen und unruhigen Notzeit des nächsten Jahres vermieden werden, die Stadt- und Bezirksvertretungen bleiben bis zum Ablauf ihrer Wahlfrist im Amte. Die zweite Frage, die der Weiterbeschäftigung der Wahlbeamten in Zentrale

**W. Seemann** **G. Wöhrl**  
**Unternehmer..**

Hierhundert Arbeiter verschlingen an einem Tag nur vier Zentner Brot; aber viele Tausende Zentner Arbeit fassen durch ihre emsigen Hände!  
Laufendes Band!  
Stück um Stück wandert vorbei. Fiebernde Hände greifen gehetzt danach!  
Rechnende Hirne haben nur einen Gedanken: fertig sein!  
Anderes Stück! Neues Stück!  
Bisviele Stücke sind heut schon vorbei?  
Die Stunde hat sechzig Minuten; die Affordstunde fünfzig. Schneller . . . schneller . . . Hände!  
Finger tummeln auch!  
Rascher noch zupacken! Rascher noch fracken! Rascher noch feilen schwingen! Hammer! Hobel! Rascher noch zusammenfügen! Rascher noch Schrauben einziehen!  
Der Reimkopf fliegt fliegt . . .  
Es fliehet die Zeit . . . drei Stunden, fünf Stunden . . . sieben Stunden!  
Verdammt, wann ist Feierabend?  
Schweiß rinnt, gräbt Kinnkel in die verstaubten Gesichtser.  
Noch eine Stunde . . . noch eine halbe . . . noch eine Viertel . . . noch fünf Minuten!  
Gleich wird die Klingel Feierabend schrillen. Darum noch einen Stoß und noch einen!  
Noch ein Stück fertigstellen, dalli, dalli, es läutet gleich!  
Zum Teufel, der Körper ist ausgepumpt, ausgemergelt, ausgeleert, ausgehöhlt, ausgeleert, will nicht mehr! Ruh aber, muß, muß, muß! Jawohl, muß, muß, muß, bis zur letzten Sekunde der Arbeitsstunde!  
Ah, es läutet! Die Knochen reden sich. Die Arbeit fällt ab wie ein plumpsender Stein.  
Für heute wäre die Fron geschafft!  
Morgen wird die Schufterei genau so werden, eine lange, lange Woche . . . Sonntag als kümmerliches Einsparngel dazwischen . . . Monate verrinnen, Jahre, Jahre in immer bei gleichen zermürbenden Methode.

„Fünf Handgriffe, mehr nicht!“  
Das Gehirn denkt nicht mehr, erschläft vom vielen Errechnen! Afford! Afford!  
Nervige Arme erschlaffen, die Brustkasten fallen ein, die Gesichter zerfallen zu Bräds, die Hände versagen allmählich den Dienst, die Finger sind steif geworden!  
Fort mit diesen Zerbrachten!  
Neue, schnelle Körper treten an Stelle der Entlassenen, sportgekräftigte, schöne hoffnungsvolle Körper, und enden nach Wochen, Wochen, Monaten, Jahren genau wie ihre Vorgänger als verwiterte, unbrauchbare Bräds.  
Afford! Afford!  
Afford auf der ganzen Linie! Afford auch im Menschenverschleiß!  
Afford ist Mord!  
Stündlich, täglich wird gemordet!  
Doch was schreiben die Anzeigen in Zeitungen und Zeitchriften? Was brüllen allvormittäglich die Ansager in der Werbestunde des Rundfunks?  
Die Hausratsfabrik Ludwig Eisermann Nachfolger, Berlin, Frankfurter Allee, ist leistungsfähig. Jede Viertelstunde verläßt ein Speisezimmer die Eisermannsche Fabrik; jede neunte Minute ein Herrenzimmer! Hallo! Hallo! Hören Sie! Jede neunte Minute ein Herrenzimmer!

Triumph der Technik: Laufendes Band?  
Und wenn es den berühmten Ruck noch unten gibt?  
Hierhundert müde, abgearbeitete Menschen feiern dann, trocken ein um den anderen Tag den gleichen nutzlosen Weg zum Arbeitsamt, hoffnungslos, sich und dem Leben suchend.  
Das gesunde logische Denken verschwindet, verwirrt sich; ausgedörrte, hungergetriebene Gehirne machen sich einen Dreh gerecht; jeder schaut zu, wie er durchkommt . . . ich . . . du . . . wir alle!  
Afford! Afford! Arbeit! Laufendes Band! Aber Brot! Ruck nach unten! Kein Afford! Keine Arbeit! Aber Hunger! Elend! Not!  
Warum? Warum?  
Laufendes Band: Fluch der Technik!  
Rein Triumph der Technik! Also hoch die Technik! Das technische Zeitalter soll leben! Hoch! Hoch! Hoch!  
Rein! nicht! Die Technik verflucht den Menschen! Darum Fluch der Technik! Nieder mit ihr! Nieder!  
Rein, ein Hoch der Technik!  
Was denn?

Rationalisierung gepredigt! Massen begeistert! Also hoch die Technik!  
Rationalisierung durchgeführt! Ueberproduktion! Massen nicht lausträftig! Krise in Permanenz! Also Fluch der Technik! Auch falsch!  
Irgend etwas stimmt nicht im System! Aber was?  
Die Rechner haben in ihren kalkülhäuigen Tabellen das wichtigste vergessen: den produzierenden Menschen selber! Hörst du, den produzierenden Menschen, den Arbeiter! Den Arbeiter!  
Die Tabellen Taylors sind nur auf den Profit zugeschnitten!  
Die ganze Welt ist nur auf Profit zugeschnitten!  
Die Tabellen müssen geändert werden!  
Das ist eine riesenhafte Arbeit!  
Arbeit! Kann nur vom produktionen Menschen geleistet werden. Hörst du, nur vom Arbeiter! Nur vom Arbeiter!  
Schreit diese Wahrheit aus mit der Gewalt der riesigen Fabrikstraßen!  
Der ganzen Welt soll sie in die Ohren gellen! Der ganzen verfluchten Welt des Profits!

Im Betrieb Ludwig Eisermann Nachfolger gab es einen Ruck . . . dreihundertundachtzig Arbeiter, gelernte und ungelernte, Arbeiterinnen, Karrenschieber, Laufburshen und Soalfeger trakteten mit müdem Hirn und hungernden Magen zum Arbeitsnachweis hoffnungslos, einen Tag um den andern.  
Die Vertreter der Firma liefen schier das Kontor ein: „Die Ware, die wir produzieren, ist zu teuer!“  
Zu teuer!  
Sandow und dem jungen Chef brummt die Ohren davon!

Zwar lag die Photographie des toten Ludwig Eisermann noch immer mit dem Gesicht nach unten in der Schreibschublade, wie sie Franz an jenem Tag der Selbstmord vergraben hatte; aber sie war dennoch wirksam.  
Jetzt, wo es hier, die letzten Reserven aus dem Gehirn herauszuholen, war in des Sohnes Blut mit voller Wucht der Vater auferstanden!  
Wie einst Ludwig Eisermann vor Jahr und Tagen an der gleichen Stelle, sah jetzt Franz die ganze Nacht hindurch über den engbeschriebenen Kalkulationsbogen und ging dem bestehenden Status mit neuen Zahlenkolonnen zu Leibe.  
(Fortsetzung folgt.)



und Bezirken, hat finanzielle und politische Bedeutung zugleich, ihre Lösung steht noch aus.

Vor einer Diskussion müssen wir uns hüten: Auch die neue Verfassung wird Berlin nicht aus seiner finanziellen Not erlösen; die neuen Körperschaften werden vor ebenso schwerwiegenden Beschläffen stehen wie die bisherigen.

Es ist in Berlin und um Berlin im letzten Jahre viel und vielerlei geredet worden, oft genug mehr, als not war. Die Bevölkerung will, daß mehr gehandelt als geredet, mehr an praktischer Arbeit als an Agitationsanträgen getätigt wird. Sie will, daß die Reichshauptstadt einheitlich, sparsam und ohne unnötige bürokratische Verzögerungen im Geiste sozialen und kulturellen Fortschritts verwalte wird. Jede Reform, die diese Ziele anstrebt, wird der Bevölkerung Berlins willkommen sein.

## Keine Gotteslästerung.

Die „Ja“ wurde nur wegen Beschimpfung verurteilt.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte im Prozeß gegen die „Ja“ den Schriftsteller Peter Maslowski und den Zeichner Theodor Frankenhof wegen Beschimpfung kirchlicher Institutionen zu 1000 M. bzw. 200 M. Geldstrafe. Von der Anklage der Gotteslästerung wurden beide Angeklagten freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Maslowski 3000 M. und gegen Frankenhof 750 M. Geldstrafe wegen Gotteslästerung und Beschimpfung kirchlicher Institutionen beantragt.

Aus der Verhandlung ist nur wenig nachzutragen. Bei der Entscheidung des Gerichts, ob eine Beschimpfung kirchlicher Institutionen vorgelegen habe, spielte in erster Linie die Figur des Papstes eine Rolle, der in einer Hand die Bibel, in der anderen Hand einen Regolator hatte. Allerdings sollte diese Figur nicht so sehr die Einstellung des Papstes auf den Krieg im allgemeinen zum Ausdruck bringen, sondern eine „Antwort der protestantischen Freidenker auf die Habschacht des Papstes an die Sowjetunion“ sein. Zu bemerken ist, daß anders diese Darstellung eigentlich gar nicht verständlich wäre, da ja die Sowjetunion mit am meisten für einen zukünftigen Krieg rüstet. Ihr ist das erlaubt, anderen nicht.

Der Freispruch von der Anklage der Gotteslästerung erfolgte, weil das Gericht sich dem Urteil der Eiegert-Kammer über den Christus von George Grosz angeschlossen. In dem zu der Verhandlung verlesenen Teil der Urteilsbegründung der Eiegert-Kammer heißt es unter anderem: „Daß diese Zeichnung Christus angreift, daß sie ihn gar beschimpft, das muß der religiös gesinnte einfache Mensch, gerade wenn er, statt zu grübeln, nur das Neuhere auf sich wirken läßt, rückhaltlos verneinen. Immer und immer wieder ist der Sinn der Bilder, der wie ein vierzehntimmiger Schrei aus allen Zeichnungen geht: Seht die Gepsimigten, sie wollen es nicht, sie können es nicht! Und dennoch werden sie in Qual und Tod des Krieges hineingestoßen. So ist auch Christus hier ein Dumbler. Ein Leidender, kein streitender Christus ist ans Kreuz geschlagen. Man hat sich seiner bemächtigt, seines Leibes, der doch der Schwächste ist unter allen, seiner Seele, die vor allen die goldgleiche ist, und erbarmungslos hat man auch ihn in den Dienst des Krieges hineingezogen. Dieser Eindruck wird durch die Unterschrift (Maul halten und weiter dienen) gleichsam befestigt.“

Dieser vortrefflichen Erläuterung des „Christus“ von George Grosz, der mit Gasmaske und Soldatenstiefeln während des Weltkrieges von den Militärkriegen aller Länder ans Kreuz geschlagen wurde, verhielt sich auch das Schöffengericht Berlin-Mitte nicht, es konnte deshalb auch in dem auf der „Ja“ ausgestellten Christus keine Gotteslästerung erblicken.

## Der Tod des Schupowachmeisters.

Eine Tragödie aus ungeklärten Ursachen.

Das Verschwinden eines Schupowachmeisters hat seine traurige Aufklärung gefunden. Seit dem 2. Dezember v. J. wurde der 28 Jahre alte Schupowachmeister Adolf Becker vermißt, der beim 153. Reiter in Schmargendorf Dienst tat und in der Berliner Straße in Wilmsdorf als Interneter wohnte. Einige Tage vor seinem Verschwinden hatte Becker einen Streit mit seiner Braut gehabt, der aber geringfügig war. Man vermutete, daß der Vermißte zur Fremdenlegation oder in seine jetzt polnische Heimat gehen werde. Beides hat sich als irrig erwiesen. Am 28. Januar wurde aus dem Stöckchen die Leiche eines Mannes geborgen, der sich mit einem Kopfschuß getötet hatte und dann ins Wasser gestürzt war. Die Leiche mochte schon einige Wochen im Wasser gelegen haben. Der Selbstmörder ist jetzt festgestellt als der vermißte Wachmeister Becker. Für die Gerüchte, daß er von politischen Gegnern umgebracht worden sei, hat sich keinerlei Anhaltspunkt ergeben. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Becker gleich nach seinem Verschwinden freiwillig seinem Leben ein Ende gemacht hat. Eine Pistole, die sein Privateigentum war, hatte er mitgenommen.

## Hassbefehl gegen Urban.

Der Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidenten, Amtsgerichtsrat Dr. Pieper, hat gegen den Artisten Karl Urban Hassbefehl erlassen wegen des dringenden Verdachtes des Mordes an dem Geschäftsführer Schmoller vom Mercedes-Palast in Neukölln. Urban ist nach Moabit gebracht worden.

## Weisung der kommunistischen Naziopfer.

Die beiden kommunistischen Arbeiter Grüneberg und Schirmer, die der Mordlust nationalsozialistischer Rowdys zum Opfer fielen, wurden gestern unter starker Beteiligung von Charleitenburg nach dem Krematorium in der Gerichtstraße übergeführt. Die Polizei hatte starke Sicherungsmaßnahmen getroffen, so daß es nirgends zu nennenswerten Zwischenfällen gekommen ist. In einem Falle mußte ein kommunistischer Demonstrationzug an der Fennbrücke am Nordufer aufgeht und 23 Personen zwangsgestellt werden.

## Mittagskonzert arbeitsloser Musiker.

Um die breite Öffentlichkeit von der Leistungsfähigkeit arbeitsloser Musiker zu überzeugen, findet am 15. Februar, 12 Uhr, in der Städtischen Oper ein großes Beethoven-Konzert unter Leitung von Herrn Dr. Stiedern von der Städtischen Oper statt. Das Orchester setzt sich aus 100 arbeitslosen Musikern, die beim Arbeitsamt Berlin-Mitte, Fachabteilung für Musiker, eingetragen sind, zusammen. Hat das Arbeitsamt Berlin-Mitte schon seit 1½ Jahren ein Lebungsorchester unterhalten, das regelmäßig unter einem Kapellmeister zusammenkam, so schufen sich in Proben unter prominenter Führung diese 100 Musiker für dieses Konzert noch besonders. Vorverkauf (vollständige Preise zu 50 Pf. bis 2 M.) in der Städtischen Oper und in den Warenhäusern M. Berthoin, Hermann Tieg und Karstadt.



# Winterreise durch Berlin.

## Schöneberg.

In den letzten Tagen, da der Winter sich auch einmal in Berlin von seiner schönsten Seite zeigte, war der Schöneberger Stadtpark das Ziel all der kleinen Leute, die ihre ersten Schritte machen. Ein schöner Miniaturpark bekommt so das rechte Leben: hebelvoll sieht der golden leuchtende Hirsch, das Wappentier Schönebergs, von seiner Säule auf das Treiben hernieder, der Schlot der Erfrischungshalle zeigt, daß warme Getränke zu haben sind und die monumentalen Einfassungen der Ein- und Ausgänge und der Abgänge längs der Innsbrucker Straße bilden wohl ehrbar, aber gar nicht melancholisch auf die bunte Szenerie. Das kleine Bächlein, das in den Liliputsee ausströmt, murmelt sein altes Sprüchlein „Alles fließt“, träumt dabei aber von alten Zeiten, wo hier wohl größere Wasserflächen und Sumpfe vorhanden waren. Dieser 6 Hektar große Stadtpark geht an seinem Ende in den Wilmsdorfer Park über, an seinem Anfang steht das noch immer das „Neue“ genannte Rathaus — ein monumentaler Bau, kurz vor Kriegsausbruch vollendet, mit riesigen Ausmaßen der Gänge und Zimmer, mit einer Wandelhalle, die auf den an die dunklen Entrees sonstiger Stadthäuser Gewöhnten einen überragenden Eindruck macht, und mit einem Turm, den zu bestiegen es sich lohnt. (Auch Sonntags ist nach Anmeldung Besichtigung und Besteigung — aber ohne Kinder — gegen eine kleine Gebühr möglich.) Reich ist der äußere skulpturale Schmuck, und der Sitzungssaal ist mit schönen modernen Bildern versehen, die dem Bezirk den Ruf einer Heimstätte der Kunst verschafft haben, und das Ergebnis eines Vermächtnisses darstellen, das sich an die frühere bekannte „Maison de Santé“ knüpft.

Das Rathaus ist nicht an der alten Dorfmauer, der heutigen Hauptstraße, errichtet worden, es liegt wenige Schritte leitwärts und am Markttag spielt sich zu seinen Füßen ein lebhaftes Treiben ab, des Binsels eines modernen Märkte würdig. Schöneberg ist die Stadt der großen Märkte — es geht auch ohne Markt- hallen. Andere bekannte Märkte sind der auf dem Wittenberg- und der auf dem Winterfeldplatz. Da Friedenau auch zu Schöneberg gehört und ein eigenes Rathaus besitzt und das alte Rathaus noch immer Stadtzwecken dient, hat der Bezirk drei Rathäuser und drei Ratskeller, von denen der „Neue“ wegen seiner Weine berühmt ist. Die von ausgebauten Straßen auf drei Seiten umschlossene Bezirksfläche — die vierte Seite liegt längs der Bahnen in SW. — hat keinen Platz geboten, das neuzeitliche Bedürfnis nach Grünflächen in großem Maße zu befriedigen, dafür hat der Bezirk aber an der offenen Seite das mit „Lauben“ ganz erfüllte Südgelände, etwa 5000 Kleinagrariern Raum gebend. Wer also Schöneberg gründlich kennen lernen will, muß nicht nur den Bagrischen, den Viktoria-Luisen- und den Rollendorferplatz umtreifen, sondern sich in der idyllischen Kleinwelt des Südgeländes bewegen, in dem auch die Nobelbahnen für kleinere und größere Jugend angelegt worden sind. In dem Friedenauer Viertel — Rubensstraße, Eisackstraße — liegen auch die neuen Hochhausbebauungen, die zum Teil von der Heerstraße-Gesellschaft errichtet wurden. Auch die Kleinsiedlung Lindenhof ist bemerkenswert. Der ganze Bezirk umfaßt 1101 Hektar, auf denen 243 000 Menschen ihre Heimstätte gefunden haben. Zumeist in Wohnungen, die nicht für die Armen geschaffen wurden. Noch stehen in der Hauptstraße die Villen der einstigen „Missionen-Bauern“, aber auch alte Involiden aus der Zeit von 1871 sind noch vorhanden. Als Produkt der Stadtfürsorge aus neuerer Zeit ist das Stadtbad zu erwähnen, das eine Notwendigkeit war und ein Vorbild für alle ähnlichen Anlagen geworden ist.

## Oeffentliche Kundgebungen!

111. Abteilung (Bohnsdorf). Sonnabend, den 7. Februar, 10 Uhr. Filmabend bei Madry, Restaurant zu den vier Jahreszeiten, Bahnhofstraße. Thema: Kampf dem Faschismus. Redner: Genosse Dr. Haubach.

Republikaner, erschein zum Protest gegen Faschismus, gegen Filmverbot, gegen Volksbetrug!

## Schwindel um Studentenwahl.

Erlogene Behauptungen über Maßnahmen der Polizei.

Die reaktionären Studenten an der Berliner Universität verbreiten durch die Hagenberg-Verse neue Schwuldelemdungen über Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidenten. Der „Total-Anzeiger“ behauptet gestern Abend frech, die Wahl zur Allgemeinen Studentenschaft wäre unmöglich, weil der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin jede Propaganda für die Studentenwahl verboten habe. Das ist erstunken und erlogen! Der Polizeipräsident hat lediglich angeordnet, daß ebenso wie bisher strengstens darauf geachtet wird, verbotenes Zettelverteilen vor der Universität zu verhindern. Die Propagandawut der Herren Studenten kann sich innerhalb der Universität hemmungslos austoben. Die längst bestehende Maßnahme des Polizeipräsidenten beeinträchtigt die Studentenwahl also in keiner Weise!

## „Nazifraß vor der Universität.“

Wir berichten im „Abend“ vom Mittwoch über die Belästigungen, denen ein Zeitungshändler, der den „Bormärts“ und das antisozialistische Kampfbüchlein „Alarm“ vertrieb, durch nationalsozialistische Studenten ausgesetzt war. Der Zeitungshändler selbst gibt uns zu diesem Vorfall eine ergänzende Aufklärung, aus der hervorgeht, daß unsere Mitteilungen über das pöbelhafte Betragen der nationalsozialistischen Studenten durchaus zutreffen. Er sagt ferner: „Was die Tätigkeit der Polizei anbelangt, so kann ich nur sagen, daß die Polizei sich mir gegenüber durchaus müttergütig benommen hat. Ich sage der Polizei für ihre Hilfe nochmals meinen besten Dank.“ Wir

# Funkwinkel.

Die Jugendstunde beschäftigt sich mit dem Selbenvirtuosen Paganini. Es ist problematisch, ob die Leistung eines reproduzierenden Künstlers wieder lebendig gemacht werden kann, wenn sie nicht die Schallplatte festhielt. Denn der Hauptakzent liegt auf dem persönlichen Ausdruck und der persönlichen Technik. Heinrich Heine hat das Spiel Paganinis in seiner Novelle „Benzianische Räcke“ genial umrissen. Herrn von Benda gelingt es nicht, da er kein Zeuge war und auch nicht über die notwendige sprachkünstlerische Form verfügt. Die Kompositionen Paganinis geben aber kein Bild von dem Genie. So erheben das Ganze überflüssig, besonders nach, da sich Konzertmeister Franz von Spanowski, sonst ein wahrhaft tüchtiger Musiker, in seiner guten Disposition befindet. Dr. Karl Schröder spricht in der „Bühnenstunde“ über B. Trovans neuestes Buch „Der Karren“. Gleichgültig, zu welchem Anteil er kommt, es handelt sich hier um die Form der Kritik. Schröder urteilt nicht, wie die Mehrzahl der Buchkritiker, nach rein ästhetischen Prinzipien. Auch diese werden kurz betont. In den Mittelpunkt rückt er die soziale Situation des Bertan. Was man so oft bei diesen Kritiken vermißt, nämlich die Beurteilung eines belletristischen Werkes als Ausdruck einer bestimmten Weltanschauung, wird hier zum Zentrum der Kritik. Und schließlich kommt es darauf an, und nicht allein auf das bloße Abmessen künstlerischer Gestaltungsmöglichkeit. Die vollstimmliche Unterhaltung bringt diesmal keine monotonen Opanons. Sie bereitet mit Kunstpfiffern und Iphophonorträgen ein harmloses Vergnügen, jedenfalls ein besseres, als wenn ein Herr oder eine Dame Schläger klüffern. Lieber das Abendkonzert wird an anderer Stelle berichtet werden. Ebenso über den bemerkenswerten Vortrag des Professors der Stadt Berlin, Dr. Lohmann, über das Verwaltungsproblem der Reichshauptstadt. F. Sch.

freuen uns, daß uns durch die Erklärung des Zeitungshändlers Gelegenheit gegeben wird, unsere Bedenken gegenüber dem Verhalten der Polizei zerstreut zu sehen. Unsere Bemerkungen müssen auf falschen Beobachtungen unserer Berichterstatter beruhen. Nach der durchaus glaubwürdigen Darstellung des Zeitungshändlers hat sich die Polizei durchaus korrekt benommen, nur die Nazis benahmen sich, wie man es gewohnt ist, wie Fiegel.

## Bogermanieren Schmelings.

Berhaftet und gegen Bürgerschaft wieder freigelassen.

New York, 8. Februar.

In Elizabeth im Staate New Jersey wurde der Weltmeister Max Schmeling überraschenderweise verhaftet, und zwar wegen des Zusammenstoßes im Hotel Commodore am letzten Montag. Schmeling hatte damals einen Bütogeliffen, der ihn im Auftrag eines Rechtsanwalts eine Zahlungsaufforderung überbringen sollte, unjanst aus dem Hotel gewiesen. Gegen Stellung einer Bürgschaft von 10 000 Dollar wurde er wieder aus der Haft entlassen.

## Nachspiel zum 14. September.

Vor dem erweiterten Schöffengericht fand eine vom Staatsanwalt eingeleitete Berufsverhandlung ihren Abschluß. Angeklagt waren zwei politisch angeblich unorganisierte, die sich am 14. September an einem Ueberfall auf ein Propagandaauto der Neuköllner S.N. beteiligt hatten. Beide Angeklagten hatten sich an einer Schlägerei beteiligt, aber da ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie sich bewußt an der Zusammenrottung beteiligten, wurde der Angeklagte M. nur wegen Körperverletzung zu 100 M. Geldstrafe, der Angeklagte K. der sich in seinen Auslagen oft widersprochen hatte, wegen einfachen Landfriedensbruch zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Dieser Vorfall sollte jedem als Lehre dienen, sich in politisch aufgeregten Zeiten, auch nicht nur aus Neugierde, an Zusammenrottungen zu beteiligen.

Der Funktelegraphendienst für Flugpassagiere ist am Montag auf der Strecke Berlin-Dresden-Prag-Wien eröffnet worden.

Wetterausblick für Berlin: Noch ziemlich wolkig bei fortwährendem Frost, teils oder nur unbedeutende Niederschläge. — Für Deutschland: Im Südboden noch stark bewölkt mit etwas Schnee, im übrigen Reich teilweise heiter, vielfach neblig; allgemein Frost.

## Kuchen-Kaiser im neuen Gewande.

Ein Stück Altberliner Gemütlichkeit, die 65jährige Konditorei Kaiser am Oranienplatz hat einen vollen Umbau sämtlicher Räume vorgenommen und präsentiert sich nunmehr in modischen Gewande. Architektonisches Geschick und Geschmack der Herren Laut und Hoffmann, die auch den Neubau der Konsumgenossenschaft geschaffen haben, leisteten hier vorzüglichste Arbeit. Die bauliche Veränderung des Hauses hatte nicht bloß eine Modernisierung im Gefolge, es entstanden durch Ausstufung und Hebung der Bodenfläche völlig neue Räume im Kellergeschoss, ebenso führt eine neugebaute Wendeltreppe nach den bedeutend vergrößerten Büroräumen. Die Inneneinrichtung des Verkaufslokales zeigt distret-geschmackvolle Ausstattung. Die Wände sind mit handgewebten, schottisch-gemusterten Stoffen bespannt, moderne Beleuchtungskörper, die mit verstellbaren Wandarmen direkt an die Giebeldecken angeschlossen sind, spenden den Tischen ein gemüßliches Licht und auf zwei 25 Meter langen, fast nicht endenwollenden Verkaufstischen präsentiert sich appetitanregend die süße Ware in ungezählten Variationen. Ein holzgezierter Raum dient im Bodengeschosse, durch eine neuartige „Telekopter“ aus Birkenholz von den übrigen Gossäumen völlig getrennt, als Konferenzzimmer.

Übles Mundgeruch beseitigt man wie folgt: Drücken Sie einen Strang Chlorodont Zahnpaste auf die trockene Unterlippe, Zahndürre (Spezialbürste mit geschliffenem Borstenhaare), bürsten Sie Ihr Gesicht nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt in Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Mundwasser unter G gabeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der misshandelte Zahnbelaß ist verschunden und ein herrliches Gefühl der Frische bleibt zurück. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 54 Pf. Versorgen Sie aber als Chlorodont und weisen Sie jeden Erfolg dafür zurück.



# Lohnabbau und Rekorddividende.

Siemensabschluss 1930 / 800 Mill. Mf. Umsatz. / 24000 Arbeiter abgebaut.

Am gestrigen Lohnzahlungstag sind den Berliner Metallarbeitern zum erstenmal nach dem 3prozentigen Lohnabzug am 1. November die übrigen 5 Proz. vom Lohn abgezogen worden, so daß sich jetzt der Schlichtspruch der Schlichtungskommission vom Oktober 1929 restlos in seiner ganzen Härte auswirkt.

Der Zufall will es, daß an dem gleichen Tage der Siemens-Konzern seinen Abschluß für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1929/30 herausgibt. Schon bei dem kürzlich veröffentlichten Gewinnabschluß des zweiten Berliner Elektrizitätswerks, der AEG, war festzustellen, daß sich die großen Konzerne in der Berliner Metallindustrie in der Krise überraschend gut gehalten haben. Dieser Eindruck wird bei Siemens noch gewollt verstärkt. Im ganzen Konzern stellte sich

der Jahresumsatz auf 800 gegen 650 Millionen Mark,

ist also nur um 6 Proz. gesunken, während in der gesamten deutschen Industrie die Umsätze in dem schweren Krisenjahr 1930 um durchschnittlich 30 Proz. zurückgegangen sind. Die Schwachstrombetriebe der Siemens u. Halske A.-G. haben ihren Umsatz mit 300 Millionen Mark sogar auf dem Stand von 1929 halten können, so daß allein bei den Siemens-Schuckert-Werken ein Rückgang von 550 auf 500 Millionen Mark zu verzeichnen war. Hat sich also die Krise bei der Fabrikation und dem Umsatz nur wenig ausgewirkt, so hat sie unter der Belegschaft um so schlimmer gehaust. Die Gesamtbelegschaft des Konzerns ist

von 137 000 auf 113 000 Personen abgebaut

worden, hat sich also in einem Jahre um 24 000 Köpfe verringert. Damit ist die Siemens-Belegschaft wieder auf dem Tiefstand von 1924/25 angelangt. Die Belegschaft in den deutschen Betrieben allein ist von 100 300 auf 81 000 zusammengeschrumpft, so daß hier rund 20 Proz. abgebaut worden sind. Da sich der Umsatz von Siemens nur um 6 Proz. gesenkt, die Gesamtbelegschaft im In- und Ausland aber um 18 Proz. verringert hat, sind die schon in den vorhergehenden Jahren ständig erhöhten Leistungen je Kopf und Schicht auch im Krisenjahr 1930 ganz erheblich gestiegen.

Was an diesen Betrieben wie Siemens durch verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft an Rationalisierungsgewinnen in den letzten fünf Jahren eingeholt hat, zeigt sich in folgender Gegenüberstellung: Im Betriebsjahr 1924/25 wurden bei einem Umsatz von 500 Millionen Mark 112 000 Menschen beschäftigt, 1929/30 bei einem Umsatz von 800 Millionen Mark aber nur 113 000.

Das heißt, daß jeder einzelne Siemensarbeiter heute um 60 Proz. mehr leistet, als vor fünf Jahren.

Wenn bei diesen harten und nüchternen Zahlen sich Schlichter zu einem derart scharfen Eingriff in den Haushalt der Berliner Metallarbeiter herabfinden, wie dies im Oktober geschah, so können sich die beherrschenden Stellen nicht wundern, wenn in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft ein tiefes Mißtrauen gegen das Schlichtungswesen Platz greift. Es ist übrigens bezeichnend, daß Siemens jetzt, wo das Unternehmen jetzt die 3prozentige Lohn-

kürzung in der Tasche hat, im Geschäftsbericht die Feststellung trifft, daß infolge der Rationalisierung seit 1926

der Anteil des Lohnes an den Herstellungskosten stark herabgedrückt

wurde. Vor Lichteles manes anders. Da hieß es bei den Vertretern des BBRD, daß die Betriebe unter der Last der zu hohen Löhne zusammenbrechen müßten, daß die Unternehmen in der Berliner Metallindustrie unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht leben und nicht sterben könnten und daß der Export gänzlich eingehen würde. Was die letztere Behauptung anbetrifft, die übrigens von den Unternehmern aller Industrien mit Vorliebe in die Debatte geworfen wird, so läßt sich nach dem AEG- und nach dem Siemens-Abschluß feststellen, daß

das Verhältnis zwischen Leistung und Lohn

für den deutschen Metallarbeiter sehr viel ungünstiger sein muß als für seinen ausländischen Kollegen. Die AEG hat nämlich im letzten Jahre, wo der Weltkaufhandel besonders in Fertigfabrikaten stark zusammengeschrumpft ist, ihren Export um 8 Proz. gesteigert, und die Siemens u. Halske A.-G. hat gleichfalls den Exportanteil an ihrem 300-Millionen-Umsatz von 29 auf 32,6 Proz., also um mehr als 10 Proz., erhöht. Auch bei Siemens-Schuckert ist der Exportanteil gestiegen. Man muß also schon die Stirn des BBRD heften, um bei derartigen Ergebnissen von exportdrohenden Löhnen zu reden.

Im einzelnen ergibt der Gewinnabschluß, dessen Ziffern wir größtenteils schon mitgeteilt haben, folgendes Bild: Der Rohgewinn bei Siemens u. Halske ist nach Abzug der Löhne und der Abschreibungen noch von 31 auf 30,1 Millionen Mark gestiegen. Die beträchtliche Erhöhung des Rohüberschusses hängt damit zusammen, daß Siemens mit den in Amerika aufgenommenen Krediten von etwa 150 Millionen Mark gute Zinsgeschäfte gemacht hat. Der Reingewinn wird mit 16,4 gegen 18,7 Millionen Mark ausgewiesen, von dem wieder die Rekorddividende von 14 Proz. ausgezahlt wird. Bei Siemens-Schuckert wird aus einem Reingewinn von 9,8 gegen 16,6 Millionen Mark im Vorjahr eine Dividende von 7½ gegen 10 Proz. verteilt. Wie in früheren Jahren, wurde auch 1930 bei Siemens

die Kapitalbildung in ganz großem Maße

betrieben, denn der riesige Maschinenpark, Betriebsanlagen und Geräte stehen auch diesmal wieder mit nur je 1 Mark zu Buche, obwohl allein im letzten Jahr bei beiden Siemensgesellschaften für mehr als 16 Millionen Mark Neuanweisungen durchgeführt wurden. Auch unter den größten Betrieben der deutschen Industrie steht diese Anhäufung von Reserven bei den Werksanlagen wohl einzigartig da.

Während der Inhalt der Lohnliste bei dem Metallarbeiter „aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ empfindlich gekürzt wurde, ist man bei den Aufsichtsratsmitgliedern um so spendähler verfahren. Rund 780 000 Mark haben die 31 Mitglieder des Aufsichtsrats in beiden Gesellschaften für ihre „aufreibende“ Nebenbeschäftigung erhalten. Und in dem gleichen Monat, wo die Metallarbeiter

außer der Mehrbelastung durch neue Steuern und erhöhte Versicherungsbeiträge im Durchschnitt 16 bis 20 Mark im Monat durch den Lohnabbau verlieren, wandern 22,3 Millionen Mark, fast soviel wie in den beiden Konjunkturjahren, als Dividenden-geldern in die Taschen der Aktionäre.

## Konsumanstieg trotz Krise.

1930 noch Umsatzsteigerung. — Im Januar gut behauptet.

Die Berliner Konsumgenossenschaft hat sich 1930 glänzend behauptet. Von dem Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse bleiben naturgemäß auch die Wirtschaftsorganisationen der werktätigen Bevölkerung nicht unberührt, um so mehr, als sie sich hauptsächlich auf die minderbemittelten, von Arbeitslosigkeit und Lohnabbau in erster Linie betroffenen Bevölkerungsschichten stützen. Tatsächlich hat auch eine Reihe von Konsumvereinen, wie diejenigen in Dresden und Hamburg, bereits im Jahre 1930 einen Umsatzzugang aufzuweisen. Die Konsumgenossenschaft Berlin hingegen kann für das Kalenderjahr 1930 noch eine Umsatzerhöhung von 76 159 683 auf 80 609 685 Mark oder um 5,8 Prozent melden.

Für den Monat Januar 1931 ergibt sich gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres nur eine geringe Umsatzverminderung von knapp 1 Prozent (0,8 Prozent). Der Umsatz belief sich auf 6 329 256 Mark (Januar 1930: 6 350 262 Mark). Die durch Preissteigerungen bewirkte wertmäßige Umsatzverminderung ist demnach durch Steigerung des Mengenumsatzes nahezu ausgeglichen worden. Das ist eine sehr beachtliche Leistung.

In der Mitgliederbewegung brachte der Monat Januar noch einen den Durchschnitt der letzten Monate übertreffenden Zugang. Es wurden 3165 Aufnahmen vollzogen und damit der Mitgliederbestand auf 207 255 erhöht. In den ersten sieben Monaten des 32. Geschäftsjahres schlossen sich 19 172 Haushaltungen der Berliner Konsumgenossenschaft neu an.

Weitere günstige Ergebnisse vermochte die Konsumgenossenschaftliche Sparkasse aufzuweisen. Der Einlagenbestand steigerte sich im Januar um 400 633 Mark und betrug am Ende des Monats 48 773 066 Mark.

Die Zahl der Abgabestellen beträgt insgesamt 377 (286 Lebensmittel- und 82 Fleischabgabestellen sowie 9 Warenhäuser und Manufakturwarenabgabestellen); eröffnet wurden im Januar 2 Lebensmittel- und 6 Fleischabgabestellen in Berlin N., Berlin D., Hennigsdorf, Hohenschönhausen, Lichtenrade und Treptow.

## Der Auslandskredit des Reiches

5 Millionen Dollar von Frankreich / Verzinsung 6 - 7 Proz.

Die französische „Journée Industrielle“ macht ausführlichere Mitteilungen über den von mehreren ausländischen Bankengruppen dem Deutschen Reich zu gewährenden Kassenkredit von 32 Millionen Dollar. Amerikanische, französische, englische, Schweizer und holländische Banken haben sich danach bereit erklärt, zugunsten des Deutschen Reiches für 32 Millionen Vorkausaktien der Reichsbahn, die der Deutschen Reichsangeliehensversicherung gehören, zu diskontieren und zwar zu einem Zinssatz, der zwischen 6 und 7 Prozent liegt. Die Fälligkeitsstermine würden zwischen dem 1. Juli 1931 und Ende 1932 liegen.

Ein Drittel der erforderlichen Gelder werde von der ameri-

# Wir geben hiermit bekannt:

Nachdem wir schon Ende vorigen Jahres sowohl für unsere Sarottimarken als auch für die von uns hergestellten und vertriebenen Marken Nestle, „Gala“ Peter, Cailler und Kohler die Preise der Bitter-, Mokka- und Mandelmilch-Schokolade

**von 70 Pf. auf 60 Pf.**

ermäßigt hatten, haben wir nunmehr auch die Preise der Vollmilch-, Halbsüß- und Nuß-Schokoladen, insgesamt weitere 21 Sorten

**von 60 Pf. auf 50 Pf.**

herabgesetzt. Sarotti Frühstückskakao kostet anstatt 50 Pfennig von jetzt ab 45 Pfennig die 125-Gramm-Packung. Wir heben ausdrücklich hervor, daß trotz der starken Preisherabsetzung die hohen Qualitäten unserer Erzeugnisse unverändert geblieben sind.



konstigen Gruppe, ein weiteres Drittel von der englischen Gruppe beschafft, die ihrerseits gewisse Anteile wieder an andere Länder abgeben würden, während sich der französische Anteil auf 5 Millionen Dollar beläuft.

Die amerikanische Finanzwelt erwartet von der französischen Beteiligung an dem deutschen Reichscredit, durch die auch Frankreich die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands erleichtern helfe, daß diese Anknüpfung freundschaftlicher finanzieller Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch die wirtschaftliche Erholung Europas im allgemeinen fördern werde.

### Ausbau der Farben-Internationale. Deutsch-italienische Chemie-Verständigung?

Die I. G. Farbenindustrie verhandelt seit einigen Tagen über eine Einflußnahme auf eine italienische Chemiefabrik. Es handelt sich um die IRI, die außer Sprengstoffen auch Farben, Farbstoffe und pharmazeutische Erzeugnisse auf den Markt bringt. Diese Gesellschaft wurde bis jetzt von dem italienischen Chemie- und Gaskonzern Italgas beherrscht, der infolge der verschärften italienischen Krise in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist. Obwohl die IRI die einzige bedeutende Firma Italiens ist, Anilin- und Nitrobenzol zu produzieren, sieht sich die I. G. Farben doch gezwungen, im Interesse ihrer eigenen Sanierung die Beteiligung an ihr abzustufen.

Die Montecatini-Gesellschaft, Italiens größter Chemie- und Metallkonzern, will diese Firma wohl unter ihre Kontrolle bringen, scheut aber doch das hiermit verbundene Risiko. Die IRI hat nämlich ein verhältnismäßig hohes Aktienkapital (126 Mill. Lire) und außerdem schwebende Schulden in Höhe von etwa 185 Mill. Lire. Das Aktienkapital dürfte als verloren anzusehen sein. Man verhandelt daher zur gleichen Zeit mit Montecatini auch mit der I. G. Farben als der bei weitem größten Farbstoffgesellschaft der Welt. Sollten diese Verhandlungen zum Ziele führen, so ist anzunehmen, daß die italienische Anilin- und Nitrobenzolfabrikation an den seit über zwei Jahren bestehenden deutsch-französisch-schweizerischen Farbstoffblock angeschlossen wird. Diese Abbrüderung der Farbeninternationalen wäre um so bedeutungsvoller, als ja allgemein damit gerechnet wird, daß auch mit den englischen Farbenproduzenten, d. h. mit dem britischen Chemiekonzern, in absehbarer Zeit eine Verständigung erzielt werden wird.

Inzwischen hat der Montecatini-Konzern bereits Vorbereitungen getroffen, eine Untergesellschaft der IRI zu erwerben, die S. L. Marano, die Kupfererzverarbeitung herstellt. Wenn diese Unternehmung der IRI angeschlossen wird, so würde die IRI die Kupfererzverarbeitung nahezu hundertprozentig bei Montecatini zusammengefaßt sein. Die Sprengstoffinteressen der IRI werden vermutlich in einer neuen Gesellschaft zusammengefaßt werden.

Montecatini arbeitet bereits mit deutschen Industrieunternehmen seit einigen Jahren zusammen, auf dem Kunststoffsgebiet mit der I. G. Farben, in der Aluminiumherstellung mit den Deutschen Bergbauwerken.

# Der Hungerkrieg der Ruhrherren.

## Schluß mit dem Lohnabbau.

Nach einem Lohnabbau von 7 1/2 Proz. (Schiedspruch von Dönhausen) sollen die Löhne der in starker Hitze, Qualm und Zugluft arbeitenden Hüttenarbeiter zum zweitenmal, und zwar um 20 Proz. unter dem Druck der Stilllegung des Stahlwerkes Ruhrort-Weidrich, gesenkt werden. Und die Pläne greifen weiter. Weidrich ist der Anfang, die Lohnsenkung um 20 Proz. für die gesamte Eisenindustrie der Schlußakt des raffinierten Planes. Ueber die neue Lohnsenkung hinaus denkt man an den Abbau der Schichtensystemordnung und an die Beseitigung der Tarifverträge. Die unter dem Einfluß der Weltmarktlage und der öffentlichen Meinung erfolgte Eisenpreissenkung von 9 R. pro Tonne S. A. H. wird auf die Arbeiter abgewälzt.

Neben der Belastung durch die angeblich „hohen“ Löhne und die Beiträge zur Sozialversicherung begründeten die Unternehmer die schlechte Lage ihrer Werke u. a. auch mit dem Hinweis, daß sie im Vergleich mit der französischen Hüttenindustrie die benötigten Erze aus Schweden mit wesentlich höheren Frachtkosten und in „vertraglich gebundenem Umfange“ zu vereinbarten Preisen abnehmen müßten.

### Der starke Preisrückgang des einheimischen Rohstoffes Schrott

nütze den Hüttenwerken an der Ruhr wenig, weil Schrott nur in geringerem Umfange verarbeitet würde. Sie seien an den Erzbezug aus Schweden gebunden. Tatsache aber ist, daß im Jahre 1930 5-6 Millionen Tonnen Schrott in der deutschen Eisenindustrie verwendet wurden und daß die Abnahme schwedischen Erzes um 50 Proz. der vertraglichen Verpflichtungen ermöglicht wurde.

Unter Beachtung des Rückganges der Schrottpreise um etwa 20 R. pro Tonne, ergibt das allein im Jahre eine Ermäßigung der Gesteckungskosten von durchschnittlich 100 Millionen Mark gegen 1929. Und sicher könnte durch Verhandlungen mit den schwedischen Erzefernantien eine noch weitergehende Entlastung von der vertraglichen Bindung erreicht werden, um mehr billigen deutschen Schrott zu verwenden. Dadurch und in Verbindung mit den geringeren Brennstoffkosten kann ohne Lohnsenkung zum mindesten die Verbilligung des Eisens durchgehalten werden. Das hätte allerdings zur Voraussetzung, daß ein starkes Anziehen der Schrottpreise nach Möglichkeit verhindert wird.

Die Eisenindustrie genießt einen dreifachen Schutz. Einmal durch den Zoll, zweitens durch die Kartellbindungen, und drittens durch die internationalen Abmachungen der Eisenindustrie auf dem Gebiete der Marktabgrenzung. Auch nach der Eisenpreissenkung liegt der deutsche Inlandspreis um 41 R. pro Tonne Stabeisen über dem Weltmarktpreis.

Wenn ein deutsches Auto nach der Erklärung des Direktors einer großen Autofabrik allein soviel Materialkosten

verursacht, wie in Amerika Material und die dreifach höheren Löhne zusammen, dann wird klar, daß die deutsche Autoindustrie im eigenen Lande nur schwer gegen den ausländischen Wettbewerb auskommen kann. Für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt erhält sie zwar durch das bekannte Tot-Aufkommen die Differenz zwischen den deutschen und den Weltmarktpreisen zurück; sie muß aber die von der deutschen Werkzeugindustrie bezogenen Produktionsmittel (Maschinen, Transportanlagen, Gerätschaften) teurer bezahlen als ihre ausländische Konkurrenz. Das gleiche gilt für den Produktionsmittelbedarf der gesamten deutschen Industrie, soweit er aus Inlandserzeugnissen gedeckt wird.

Auf diese Zusammenhänge muß erneut und mit stärkstem Nachdruck hingewiesen werden. Eine Industrie, die in solchem Ausmaß wie die Eisenwerke, einen Schutz auf Kosten der deutschen Bevölkerung genießt, hat Pflichten gegen das eigene Volk. Sie darf sich nicht über diese Verpflichtungen hinwegsetzen, besonders wenn sie selbst so miserable Geschäftspolitik macht, wie es geschehen ist.

Die Belastung der inneren deutschen Wirtschaft durch die Eisenzölle und die Preispolitik der Kartelle beträgt jährlich mindestens 200 Millionen Mark. Da die Eisenherren eine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit nicht anerkennen, so ist es Sache der Regierung und insbesondere des Reichswirtschaftsministeriums, die Eisenherren zur Ordnung zu rufen.

### Es muß endlich Schluß mit dem Lohnabbau gemacht werden.

Bei der Vernehmung von Sachverständigen im Reichswirtschaftsrat gab Dr. Reichert den Lohn- und Gehaltsanteil für die Umwandlung der Eisenerze in Holzwerkstoffe auf 25 Proz. der Herstellungskosten an. Diese Ziffer wurde von dem Arbeitervertreter sofort als zu hoch bezeichnet. Anzunehmen ist von einem möglichen Konkurs der Eisenindustrie der Lohn- und Gehaltsanteil für 1929 mit 19,6 Proz. angegeben worden. Sorgfältige Berechnungen in der Hauptverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ergaben für 1929 nur 15,5 Proz. Die Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung sind noch günstiger für die Arbeiterseite. Welchen diese Angaben auch noch erheblich auseinander ab, so ergibt sich aus ihnen doch eindeutig, daß der Anteil des Arbeitelohnes in der eisenschaffenden Industrie infolge verbesserter Arbeitsgänge eine untergeordnete Rolle spielt.

Daraus folgt zwingend, daß die Lösung der Krise der Eisenindustrie, sofern eine inoffizielle Lösung („Dauerlösung“ nach dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats) überhaupt möglich ist, nicht durch einen Lohnabbau zu erfolgen braucht und auch nicht erfolgen darf.

G. R.

## Theater, Lichtspiele usw.

**Staats-Oper**  
Unter d. Linden  
19 1/2 Uhr  
19 1/2 Uhr  
**Boris Godunoff**  
Ende 9 1/2 Uhr

**Winter-Garten**  
8 1/2 Uhr, 10 1/2 Uhr, 12 1/2 Uhr  
Die Codonas sind prolongiert!  
2 Carols / 7 Altros / Arcano  
3 Cressos usw.  
Recht und Sonntag je 2 Vorstellungen  
4 und 8 1/2 Uhr, 4 Uhr kleine Pr.

**Staats-Oper**  
Im Platz der Republik.  
19 1/2 Uhr  
**Carmen**  
Ende n. 22 1/2 Uhr

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
8 Uhr  
**Hans Albers**  
in  
**Liliom**  
von Fran. Molnar  
Regie: Karl Heitz Maritz

**Staat. Schiller-Theater, Charitb.**  
20 Uhr  
**NORA.**  
Ende 22 1/2 Uhr

**Deutsches Theater**  
Steinplatz 6790.  
8 1/2 Uhr  
**muß die Kuh Milch geben?**  
mit Albert Bassermann  
Sonntags 4 Uhr  
Premierenbesetzung  
Muss die Kuh Milch geben?

**SCALA**  
Tägl. 2 Vorstz.  
5 u. 8 1/2 Uhr  
Nachm. 50 Pf. bis 3 M., abds. 1 bis 6 M.  
**3 Andreu Riel**  
Roberto de Casanova, Haidle & Ray usw.

**Deutscher Theater**  
8 Uhr  
**Elisabeth von England**  
von Ferd. Bruckner  
Regie: Heinz Hilpert

**PLAZA**  
Tägl. 5 u. 8 1/2  
Sonnt. 3 u. 8 1/2  
a. ex. E. 4, 80 Pf.  
Nachm. 50 Pf. - 1 M., abds. 1-2 M.  
**Bruno Kastner, Elgo Lorenz**  
Wandlung in 100 Wunderlaube usw.

**Kammerspiele**  
8 1/2 Uhr  
**Pariser Platz 13**  
von Vicki Baum  
Regie: Gustaf Gründgens

**Reichshallen-Theater**  
Abds. 8 Sonntags Nachmitt. 5 1/2 Uhr  
Das große Lach-Programm  
der  
**Stettiner Sänger**  
Nachm. ermäßigte Preise!  
Volles Programm!

**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr  
**Peppina**  
unter persönlicher Leitung des  
Komponisten  
Robert Stolz  
in der Preisbesetzung

**Dönhoff - Brettl**  
Berlins beliebtestes  
Fam-Variete mit Tanz! Kapell. Hans Schm.

**Barnowsky-Bühnen**  
Theater in der Strömungstr.  
8 1/2 Uhr  
**Amphitryon 38**  
Komödie von Jean Giraudoux  
Inszenierung:  
Victor Barnowsky

**NEUE WELT**  
Arno d. Scholz  
U-Bahn Hermannplatz, Kasanstraße 103-114  
**Gr. Bockbierfest**  
und  
**Grosser Alpenball**  
7 Kapellen, Neue Dekorationen,  
Bay-Bedienung  
Einlaß: Wochentags 6 Uhr,  
Sonntags 4 Uhr

**Lustspielhaus**  
**Kurt Götz**  
Täglich 19 1/2 Uhr  
**Der Lügner u. die Nonne**  
**Neues Theater**  
am Zoo  
Am Dönh. Zoo, Stpl. 6554  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Der 17. Lächerlich!  
Wieder auf treten  
**Guido Thielescher**  
**Das öffentliche Aergernis**  
Preise 1 bis 6 M.

**CASINO-THEATER**  
Lothringer Straße 57  
Man lacht Tränen über  
Direktor Hans Berg  
in dem neuen Schlager  
**Onkel Kuhn aus Neurupp'n**  
Dazu ein neuer bunter Teil.  
Gutschein 1-4 Personen  
Fauteuil 1,25 M., Sessel 1,75 M.  
Sonstige Pr.: Parkett 75 Pf., Rang 60 Pf.

**Theater am Schiffbauerdamm**  
Norden 5943 u. 6281  
Täglich 8 Uhr  
Ueber 60 mal!  
Der große Lustspielchor!  
**Die Quadratur des Kreises**  
Preise v. 0,75 - 7 M.

**Kurfürstendamm-Theater**  
Bismarck 449  
8 Uhr  
**Das schwache Geschlecht**  
v. Edouard Bourdet  
Regie: Max Reinhardt

**Piscator-Bühne**  
(Wallner - Theater)  
Alex. 4592-93.  
Heute 8 1/2 Uhr  
1 Gastspiel der  
Wiener-Truppe

**Kleines Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Oiga Tschekowa**  
in  
**„Liebe - unmodern“**  
Kasimierz, Lubertan

**Lessing-Theater**  
Täglich  
8 1/2 Uhr  
Sonntags 4 und 8 1/2 Uhr  
**Viktoria und ihr Husar**  
Mary Loreff, Grönländt,  
Dorothy, Loeff

**HAUS VATERLAND**  
KURFÜRSTEN-PLATZ  
**Das Vergnügungs-Restaurant Berlins**  
BETRIEB KEMPINSKI

**GROSSE SCHAU P. ELHAU**  
Tägl. 6 Uhr. Im wässren Nebel.  
Sig. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung  
billige Preise Reg. e: Erfr. Charit.

**NUR NOCH BIS SONNTAG**  
Für Stadt und Land  
gleich interessant  
**6. Woche Berlin 1931**  
LAND-WIRTSCHAFT  
GARTENBAU  
JAGD-AUSSTELLUNG  
NATUR-SCHULE-AUSSTELLUNG  
DEFUGEL-VERSTÄUßEN-KUNSTWERKE  
AUSSTELLUNGSRÄUMLIN AM RAISEDDAMM  
GEÖFFNET TÄGLICH VON 9 BIS 19 UHR  
SONNABENDS UND SONNTAGS VON 9 BIS 20 UHR  
**DIE SENSATION DER LETZTEN TAGE RASSEHUNDE-SCHAU (7. u. 8. 2.)**  
Berlisch  
Inoffizieller Gefühls-Analyse-Verfahren  
Kempinski 15.

**KLEINE ANZEIGEN**  
Wiederholungsabts: 10 mal 5 Proz., 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000 Worte 20 Proz.  
Stellengasuche: Überschriftswort 15 Pf., Textwort 10 Pf., Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 4 1/2 Uhr nachm. im Verlag, Lindenstr. 3, oder auch in sämtlichen Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen abgegeben sein.

**Verkäufe**  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931

**Verkauf**  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931

**Verkauf**  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931

**Verkauf**  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931

**Verkauf**  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931

**Verkauf**  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931  
Bismarck, Berlin, 1931







# Paul Schmidt: Als M. G. im Kriege!

Militärgefangener? Den meisten, auch unter den Kriegsteilnehmern in Deutschland, wird man erst erklären müssen, was ein Militärgefangener eigentlich ist. Unter den zahllosen Kriegsblättern findet ihr keine, das sein Schicksal behandelnde; wir haben die Weiden des Kriegsgefangenen, die Greuel der Feldlazarets, die Tätigkeit der Spione, die verwegenen Leistungen der Flieger, die Kriegshandlungen vom Standpunkt aller Truppenteile, ja selbst vom Standpunkt des Stabsoffiziers am grünen Tisch des Generalstabs kennen gelernt. — Das Schicksal des Militärgefangenen hat uns noch keiner beschrieben! Sind sie verstummt unter der Last ihrer Weiden, so daß sie selbst heute nach dreißig Jahren die Sprache nicht wieder gefunden haben, oder war unter ihnen allen keiner, dem ein Gott gegeben zu sagen, was er gelitten?

So ist es sicher nicht. Der Grund liegt tiefer. Darf man es aber wagen, dem bürgerlichen Vetter von Deserteuren, Selbstverstümmelern, Urtaubensüchtigen und Dieben zu reden und gar noch für diesen „Abscham der Menschheit“ um Sympathien zu werben? Denn daß ich es endlich gestehe: das bedeutet M. G. — Militärgefangener —: strafgefangener Soldat an der Front, mit all den traurigen Pflichten des „freien“ Soldaten, bis zu der, sich totzuschlagen zu lassen, aber ohne auch nur das kümmerlichste Recht, das jenem noch zusteht. Nun werdet ihr auch verstehen, warum kein bürgerlicher Verlag bisher ein Buch über diese Opfer im doppelten Sinne einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung herausgebracht hat. Aber es gibt ja glücklicherweise auch noch ein paar sozialistische Verlage in Deutschland, — also warten wir!

Wie kann der brave Bürger Mitgefühl haben mit solchen Gestalten, wie ich sie als M. G. kennenlernen durfte! Von einem sei mehr berichtet.

Ueber seine Herkunft weiß er nur, daß er von einem Weib im Chausseegraben geboren wurde. Vermutlich war sie eine polnische Schnüsterin, die man ihrer unehelichen Schwangerschaft wegen als arbeitsunfähig aus dem Dienst gefügt hatte. Als man sie aufgefunden, hatte sie bereits verblutend im Sterben gelegen. Ihr Name war nicht zu ermitteln gewesen. Das Kind konnte, in eine Schürze eingewickelt und halb erfroren, gerade noch gerettet werden; man hatte es ins Waisenhaus gebracht und ihm, phantasielos wie Behörden einmal sind, den Dugendnamen Fritz Müller gegeben. Und dieser Name ist ihm zum Verhängnis geworden. Der ohne einen Menschen in der Welt dasitzt, seinen Angehörigen hat, der ihm je ein liebes Wort gesagt, der als Vandalenbeter ein mehr als kümmerliches Dasein fristet, dem niemand je einen Brief geschrieben oder ein Paket ins Feld geschickt hat, hat nach Tagen des Hungers an der Front widerrechtlich ein Paket in Empfang genommen, das an einen anderen Fritz Müller adressiert war. Die warme Unterleibung, die Armbanduhr und die guten Würste kamen gerade an den Rechten. Es wäre nicht herausgekommen, hätte er sich nicht in seiner Herzensfreude einem Kameraden anvertraut. Der zeigte ihn an. Und nun kommt Fritz Müller zur M. G. Kompanie.

Außerlich sieht der Militärgefangene dem „freien“ Soldaten ähnlich, nur daß seine feldgrauen Hosen keine Taschen haben; diese hat man ihm vorn auf die Brust seines Rockes genäht, und von der Feldmütze hat er, wenn er wegen Feigheit oder Desertion in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt ist, die Kokarden verloren. Ueber der Schulter trägt er am Band den Brotbeutel. In müdem Trutz, aber in strengem Gleichschritt, stampft die Kompanie nach zwölfstündiger schwerer Arbeit im glühenden Sonnenbrand zu den Baracken, mit gebeugtem Rücken, denn aller Augen hatten am Boden, nach unergründlichen Berggegenständen suchend: leeren Streichholzschachteln, Sicherheitsnadeln, Zigarrenstummeln oder auch nach Haarnadeln als kostbaren Fettschen. Wehe aber, wenn der Unteroffizier den Unglücklichen sieht, der einen Gegenstand aufzunehmen versucht, im günstigsten Falle sagt er hart und kurz: hinwerfen!, aber er kann sich auch auf drei Tage Dunkelarrest gefügt machen. Einmal ist es herausgekommen, daß in der Kompaniebaracke geraucht worden war, da hat die ganze Kompanie acht Tage im verdunkelten Raum sitzen müssen. Nach harter Arbeit, bei der kein Wort erlaubt ist, nach langem Marsch, auf dem das Sprechen oder gar das Singen bei harter Strafe verboten ist, haben die Sträflinge den Rest des Tages in völliger Dunkelheit verbringen müssen: etwa zweihundert Mann auf ungefähr vierhundert Quadratmetern in völliger Finsternis eingeschlossen, in drei Reihen sogenannter Betten übereinander.

Kein Geld, keine Wertgegenstände, kein Messer, keinen Bleistift, keine Uhr, kein Buch darf der Militärgefangene haben, kein Streichholz, kein Rauchzeug. Und doch wird heimlich in jeder Nacht geraucht: ein besonders Glücklicher hat einmal auf der Straße einen Streichholzschachtel gefunden, und jedes Anzünden an einem feiner kostbaren Hölzer läßt er sich mit einem Zigarrenstummel bezahlen, die er wiederum gegen Butterportionen eintauscht. Der Tabak wird aufgedrückt und in das feine Papier des Gesangsbuchs oder auch in gelegentlich gefundene Zeitungsreste eingerollt.

Wer Glück hat, findet auch einmal ein Bleistiftstreschen, um sich einen Kalender zu machen, um zu zählen, wie die Tage vergehen,

um Aufzeichnungen zu machen, die ihn glücklicheren Tagen an die Zeit seines tiefsten Elends erinnern sollen.

Eine besondere Qual, daß niemand eine Uhr hat und keiner weiß, wie die Stunden verfließen, wann endlich das endlose Arbeitstag zur Ruhe geht mit Schotterlären, Schleppen schwerer Eisenketten (sie bauen eine Bahn für ein schweres Ferngeschütz).

Geradezu teuflisch ist das Sprechverbot: daß niemand den Kameraden bei der Arbeit zu Hilfe rufen darf, keiner dem anderen sein Leid klagen oder ihm seine Träume erzählen darf, nicht ihm von der Heimat sprechen, von der Braut, von den Kindern und wie alles, alles besser werden wird. Kein gegenseitiges Trösten, kein Einanderaufrichten, nur stummes Schließen!

Kein Messer ist erlaubt: das trockene Brot wird ungehackt heruntergeschlungen, der Bissel, mit dem wir die trübe dünne Suppe einnehmen, wird jedesmal wieder abgeliefert, und wehe, wenn einmal einer fehlt, dann wird nach zwölfstündiger Arbeit mindestens zwei Stunden nachgeherrzt!

Und wen treffen diese Orgien eines wahnsinnigen Militarismus? Dort, den braven Veshlyty, einen Industriearbeiter aus Chemnitz, Vater von sechs Kindern. Abends, wenn wir eingeschlossen sind und übermüdet nicht schlafen können auf unseren elenden Bretchen, voll

Schnulst nach jählicher Ummarmung erzählen sie mir ihre Schicksale: Veshlyty hat sich geweiht, einen Patrouillengang mitzumachen, zu dem er kommandiert worden war, weil noch jüngere, unverheiratete Leute bei der Kompanie gewesen waren, die man dazu hätte gebrauchen sollen. Der Kompanieführer hatte ihn wegen angeblicher Aufregung der Leute loswerden wollen und nun Tatbercht gegen ihn eingereicht. Nun ist Veshlyty hier wegen „Feigheit vor dem Feinde“.

Briefe dürfen alle Woche, natürlich erst, nachdem sie die Zensur des Kompanieführers passiert haben, empfangen und gelesen, müssen dann aber wieder zurückgegeben werden. Heute nun erzählt Veshlyty, und die Nachricht nimmt ihm den letzten Rest von Hoffnung und Lebensglauben, denn er ist ein jählicher Familienvater, daß man die Kinder ins Waisenhaus hat bringen müssen, denn seine Frau hat in einem Anfall geistiger Ummachtung einen Selbstmordversuch gemacht und liegt mit zerschmetterten Brüsen im Krankenhaus schwer darnieder. Nun ist Veshlyty fassungslos, er weint die ganze Nacht und hadert mit dem Schicksal.

Und in all dem Elend ist der M. G. denselben Gefahren ausgesetzt wie der Frontsoldat. Selbst wenn wir beschossen werden, dürfen wir uns nicht vom Fleck rühren, der uns angewiesen ist, sonst laufen wir Gefahr, vom Bewachungspersonal über den Haufen geschossen zu werden. Wer austreten will, hat sich zu melden, die Haken zusammenzureißen und zu sagen: Militärgefangener R. bittet Herrn Landsturmmann, austreten zu dürfen.

## Dr. H. Rudy: Peter Kropotkin

Zu seinem 10. Todestag am 8. Februar

Unter den mannigfachen Beurteilungen, denen man Kropotkin unterzogen hat, finden sich nur wenige, die wesentlich dem Denken in dieser machtvollen Persönlichkeit gelten. Man kommt zu einem überraschenden Resultat, wenn man einmal den Schwerpunkt der Betrachtungen in sein Schaffen legt und seine Ideen genau passieren läßt. Ohne die Attitüde eines Märtyrers oder eines Heros anzunehmen, gehörte doch sein intensives Leben in das Reich der Heldensagen und Volksbegebenheiten. Ein Fürst der seine Abstammung von Kurik, des ersten russischen Fürsten, ableitete, Kammerpage des Zaren Alexander II., ein Reisender in den wilden eisigen Steppen Ostsibiriens und Nordchinas, ein Geograph, Geologe und Biologe, Sekretär der russischen geographischen Gesellschaft, Revolutionär, Emigrant und Theoretiker der extremsten Richtung im Sozialismus — des anarchischen Kommunismus — ein Rebelle, der für die zaristische Regierung als einer ihrer gefährlichsten Feinde erschien und zugleich ein durch seine Güte und Demut besaubernder Mensch, der durch seine milde und sanfte Persönlichkeit selbst seine Gegner ihn zu achten und zu lieben zwang, das alles war Kropotkin.

In Moskau, im Alten Marschallviertel, wurde Peter Kropotkin am 9. Dezember 1842 geboren. In der damaligen Epoche der Verklärung und Selbstbegeisterung empfand schon das Kind Kropotkin einen organischen Haß gegen Unterdrückung und Rechtslosigkeit. So schildert er schlicht und affektlos in seinen „Memoiren eines Revolutionärs“ seine Kindheit und was für tiefen Eindruck die Bestrafung des Dieners Makar mit dem Birkenstock auf ihn gemacht hat. „Tränen ersticken mich, und gleich nach dem Essen laufe ich hinaus, treffe Makar in einem dunklen Gange und will ihm die Hand küssen. Doch er reißt sie weg und sagt: „Laß mich allein! Auch du wirst du nicht genau ebenso sein, wenn du erwachsen bist?“

„Nein, niemals!“ rief damals der dreizehnjährige Peter aus, und dieses Versprechen hat der Fürstsohn konsequent und treu auch gehalten. Als Kropotkin im Jahre 1862 nach Sibirien in der Eigenschaft eines Kosakenoffiziers kam und dort mit den politischen Verbannten und den polnischen Aufständischen Fühlung nahm, war sein Beschluß bereits reif, sich in die Reihen der Kämpfer für eine bessere Ordnung der Gesellschaft zu stellen. Der großartigste Offizier wird ein Sozialist und verdrängt auf die Privatlegien seines Standes. Er studiert gleichzeitig mit Eifer die Geographie, Fauna und Flora Sibiriens, macht sogar einige Entdeckungen von Bedeutung, und nach seiner Verabschiedung vom Offiziersposten, kehrt er nach Petersburg zurück, um an der dortigen Universität von 1867/71 Geographie und Geologie zu studieren. Im Jahre 1872, während seines kurzen Aufenthaltes in der Schweiz, beginnt er, als Mitglied des Geheimbundes der „Schailatz“, eine große, konspirative Tätigkeit zu entfalten, bis er 1874 von der Regierung verhaftet und nach der berühmten Peter-Pauls-Festung gebracht wurde. Als er nach seiner demütigenden, ja mysteriösen Nacht im Sommer 1876 seine Schritte zum zweitenmal nach Westeuropa lenkte, wurde er sofort zum Führer des europäischen Anarchismus und als dessen tiefster Theoretiker anerkannt.

Als Denker kann man Kropotkin zu den Positivisten und Realisten zählen. Seine Weltanschauung gestaltete sich hauptsächlich in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts, während eines kolossalen Aufstiegs der Naturwissenschaften und der Blüte des Materialismus. Als Ergänzung zum Darwinischen Gesetz „Kampf ums Dasein“ be-

gründete Kropotkin ein neues bio-soziales Gesetz von der „gegenseitigen Hilfe“ als Faktor der Entwicklung.

Die Darwinische These vom „Kampf ums Dasein“ wurde von den Vertretern der modernen Naturwissenschaften ausschließlich in dem Sinne aufgefaßt, daß zwischen den Individuen derselben Tiergattungen oder Menschengruppen ein fortwährender Streit stattfindet, in dessen Verlauf die Stärken sich behaupten und die Schwachen zugrunde gehen. Kropotkin aber will an der Hand eines überwältigenden Materials beweisen, daß diese Auffassung der Natur nur eine groteske Karikatur der eigentlichen Tatsachen des Lebens ist. Neben dieser brutalen Art existiert noch eine andere Form im Kampf ums Dasein, die in dem gesellschaftlichen Zusammenschluß der schwächeren Arten und in ihrer praktischen Betätigung der gegenseitigen Hilfe untereinander ihren Ausdruck findet. Diese zweite Form im Kampf ums Dasein aber erweist sich sowohl für die Existenz des Einzelmenschen, als auch für das Bestehen der Gattung viel wirksamer wie der Krieg der Stärken gegen die Schwachen. Kropotkin verallgemeinert dieses Gesetz der gegenseitigen Hilfe und überträgt es auch auf die Geschichte der menschlichen Entwicklung. In jeder besonderen Phase der menschlichen Geschichte begegnen wir vielen tausenden gesellschaftlichen Einrichtungen und Gemeinschaften, die ihren Ursprung dem Gefühl der gegenseitigen Solidarität verdanken. In den Stammesverbänden der Wilden und in den Markgenossenschaften der Barbaren, in den Künstler- und Handwerkerorganisationen der freien Städte des Mittelalters und in den unzähligen Organisationen und Einrichtungen unserer Zeit wirkt und schafft der Geist der gegenseitigen Hilfe und erweist sich überall als der gewaltigste Faktor unserer sozialen und kulturellen Entwicklung.

Es muß mit Nachdruck betont werden, daß Kropotkin keineswegs das „Gesetz des Kampfes ums Dasein“ in der Welt der Lebewesen aufgeben wollte. Er verteilte bloß die Grundkonzeptionen Darwins. Als Kämpfer und Revolutionär mußte er auch anerkennen, daß das Leben der Natur und das soziale Leben der Menschen vom Elemente des Kampfes durchdrungen sind. Der Kampf ist unumgänglich und notwendig, aber er ist nur dann fruchtbar, ethisch, gesellschaftlich, wenn er einen ethischen Charakter trägt, wenn er die natürlichen oder sozialen Störungen, die der freien Entfaltung der schöpferischen Kräfte im Wege stehen, beseitigt. Der soziale Kampf ist insbesondere nur dann heilbringend und progressiv, wenn er die alten Formen des sozialen Lebens abschafft, der Entstehung neuer Institutionen und Anstalten mitwirkt und mißfällt. Kropotkin warnte aber das Proletariat, daß sein Kampf nicht in einen Kampf um Macht und Herrschaft ausarten solle.

Im Gegensatz zu vielen Moralisten haute Kropotkin keine Theorien, seine ganze Sozialphilosophie und Ethik nur auf den Menschen und seine natürliche Beschaffenheit und suchte das Glück in der harmonischen und absolut freien Befriedigung sämtlicher Bedürfnisse und Begierden des Menschen. Denn Kropotkin selbst war vor allem ein irdischer Mensch. Er liebte das Leben, das Schöne und Erhabene in der Natur. Er strebte danach, daß die reichen Schätze der Natur, der Kunst und Wissenschaft allen Menschen ohne Ausnahme zugänglich sein sollen.

Es ist verständlich, daß seine Lehren und Theorien Anstoß erregen mußten, aber selbst seine größten Gegner und Feinde mußten stets mit Staunen und Bewunderung vor diesem Kämpfer stehen bleiben. Denn er war nicht nur ein bedeutender Denker, Forscher und Gelehrter, sondern auch ein edler Mensch, ein wahrer Apostel der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenliebe.

## Durch die Kanäle des Feuerlandes

In diesen Tagen hat Deutschland seinen Blick von seinen großen Sorgen hinweg nach dem fernen Feuerland gelenkt, wo Gunter Plüschow den Fliegertod gestorben ist. In diese Welt der denkbar größten Kontraste führte ein höchst aktueller Vortrag, den der Leiter der deutschen „Meteor“-Expedition, Konteradmiral Speich, im Museum für Meereskunde hielt. Der allzu früh verstorbene Plüschow hätte noch vieles für die Wissenschaft leisten können, denn das Feuerland, dieses schier unentwirrbare Labyrinth von Inseln, Inselchen, Fjorden und Kanälen, ist so mangelhaft kartiert, daß ein Deutscher aus Punta Arenas, Admiral Speich, nur raten konnte: „Fahren Sie immer dort, wo auf der Karte Land ist.“ Feuerland ist nun einmal das Land der größten Kontraste. Im Archipel des Südwestens, auf den von Süden her die kalten Luft- und Meeresströmungen treffen, herrscht rauhes und kaltes Klima. Ein ganz anderes Bild bietet das schöne Flachland der Pampas im Nordosten. Im Südwesten die Korallenzone, die Fortsetzung der bolivianischen Anden, die sich zum Kap Horn hinzieht, an ihrer Windseite kahl, auf der anderen mit reichem Baumwuchs bestanden. Dort unten fehlt der warme Golfstrom, der den in denselben Breiten gelegenen Teilen Europas angenehme Lebensbedingungen macht. Die kalten Luftströme, die stark mit Feuchtigkeit geladung sind, entladen sich in der Südwestzone in schmerzlichen Schneefallen und Hagelstößen. Eine Besonderheit ist die bei ruhigstem Wetter plötzlich niedergebende Fallböe, die einfach unberechenbar ist, und der auch Plüschow zum Opfer fiel. Ist das Wetter in dieser Zone, Sturm, niederlagereich, so ist es in den Pampas trocken.

Wer je das Nebeneinander von tropischer Vegetation und arktischer Gletscherwelt in sich aufgenommen hat, vergißt dieses Land niemals. Ueber diesem Wunder der Natur liegt die unheimliche Stille, das Schweigen der Unberührtheit, die ewige Düstertät des verlassenen Himmels. In dieser Umgebung wirken die zahl-

reichen Erinnerungen an so manche Tragödie der Forscher und Goldsucher doppelt eindrucksvoll. Sie sind festgehalten in unzähligen geographischen Benennungen wie: Hafen des Hungers, Insel der Verzweiflung, Letzte Hoffnung, Insel der Zwieltucht. Feuerland ist der Schauplatz einer großen geographischen Tat, der unter unglücklichen Strapazen vollbrachten ersten Weltumsegelung durch Magellan. Seitdem hat Feuerland immer wieder Fremde ins Land gelockt, auch deutsche Kolonisten, welche die Viehzucht dort heimisch gemacht haben. In der Magellanstraße selbst herrschen sehr eigenartige Strömungsverhältnisse, die Gezeitenwelle dringt mit voller Wucht in ihre kloakenförmige Öffnung ein und ruft auf ihrem Weg durch die sich abwechselnd verengende und ausbreitende Meeresstraße Strömungsverhältnisse hervor, die der Navigation die größten Schwierigkeiten bereiten. Deshalb ist die Magellanstraße die hohe Schule der holländischen Seeoffiziere. In einer Umgebung, die sich des besten Klimas erfreut, liegt die Hauptstadt Punta Arenas, die sich zugleich rühmen darf, die südlichste Stadt der Welt zu sein. Die Straßen sind strahlenförmig angelegt und münden auf einen Park. Ihre Bevölkerung — 25000 Köpfe — geben die bunte Vielfalt der Erdbevölkerung wieder. Auch eine deutsche Kolonie ist vorhanden. Wie überall in Chile, herrscht große und ehrliche Begeisterung für Deutschland. Am Kanal Ultima Esperanza — Letzte Hoffnung genannt, weil sich dorthin die Spanier vor den Seeräubern des Francis Drake flüchteten — hat sich der deutsche Kapitän Eberhard niedergelassen und als erster Deutscher die Schifffahrt eingeführt. Unvergleichliche Schönheit offenbart eine Fahrt durch die Kanäle. Dort treten die Berge der Koralliere unmittelbar aus dem Wasser, vor allem ihr größter, der Monte Sarmiento, das Matterhorn des Feuerlandes. Es ist nicht leicht, in diesen Gewässern zu navigieren, denn nur die Magellanstraße hat Reichfeuer, und die Kanäle sind bis zu 600 Meter tief.

## Vierzig Jahre im Zuchthaus

Dieser Tage wurde berichtet, daß der Gastwirt Theermann aus Neupfzig, der vor vierzig Jahren wegen Mordes zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden war, als körperlich und geistig völlig gebrochener Greis auf freien Fuß gesetzt wurde, nachdem sich der wirkliche Täter endlich zu einem Geständnis bequemt hatte. Vierzig Jahre hinter Kertermauern und dazu noch als Unschuldiger, das übersteigt alle Begriffe von dem, was ein Mensch ertragen kann! In den letzten Jahren ist es mehrfach gelungen, durch Klarstellung des wahren Sachverhalts unschuldig Verurteilte vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. In früheren Zeiten, wo oft genug die Willkür statt der Justiz Recht sprach, wurden Kertermauern häufig zum Grab für lebendige Menschen. Als der Herzog von Orleans nach dem Tode Ludwigs XIV. Regent wurde, traf er, um gute Stimmung für sich zu machen, unter anderem die Anordnung, alle die Personen freizulassen, die auf Grund einer „Lettre de cachet“, eines jener berüchtigten und gesürchelten Haftbefehle, ohne Gerichtsverhandlung in der Bastille festgesetzt worden waren. Unter diesen befand sich ein Italiener, der fünfundsiebzig Jahre lang gefangen saß, ohne daß er selbst oder irgend jemand sonst den Grund wußte. Ein anderer berühmter Bastillengefangener war jener Majors de Vatude, der „Gefangener der Pampadour“, der auch in die Bastille eingeworfen war. Mit dreißigjährigen Jahren war er als Ueberzähliger in die Armee eingetreten. Um Karriere zu machen, gedachte er dadurch die Proktion der Pampadour zu erlangen, daß er sie vor einem von ihm selbst fingierten Nordanschlager warnie. Der Betrug wurde entdeckt, und der Warner in die Bastille gemorjen. Dort und in anderen Staatsgefängnissen hat er volle fünfundsiebzig Jahre lang gesessen. Mehrere Fluchtversuche, unter phantastischen Schwierigkeiten ins Berg gesetzt, gelangen, aber jedesmal wurde er wieder ergriffen.